

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenspreis:
50 Pf. für die 3gepost.
Beitrag.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 35815 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7. II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81

25 Jahre.

Bevor das Jahr 1929 zu Ende geht, treten noch einmal zwei Kollegen unseres Verbandes in die Reihe der Jubilare, die seit 25 Jahren in unserem Verbandshauptamt angestellt sind. Da ist zuerst der Redakteur unserer Verbandszeitung „Der Proletarier“, Sebastian Prüll. Sein Lebensweg ist der typische Werdegang eines Arbeiters, der durch die eigenen harten Lebenserfahrungen, durch eigenes Denken und durch eigenes Beobachten zum Sozialismus und zur Gewerkschaftsbewegung kommt. Prüll wurde am 14. Januar 1874 als Sohn eines Fabrikarbeiters in Burglengsfeld (Bayern) geboren. Früh verwaist, ging er schon mit 17 Jahren auf die Wanderschaft und arbeitete als Tagelöhner in den verschiedensten Berufen. Die bitteren Erfahrungen des Lebens „auf der Walze“, verbunden mit einem scharf ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl, haben nicht wenig dazu beigetragen, den jungen Prüll zum Sozialismus zu führen. Im Jahre 1894 wurde er Mitglied unseres damals noch jungen Verbandes und fand bald Gelegenheit, sich eifrig am Verbandsleben zu beteiligen. Er war von 1897 bis 1898 Schriftführer der Zahlstelle Offenbach a. M., von 1899 bis 1900 Kartellbelegierter und von 1900 bis 1902 Delegierter zur Saalbau-Gesellschaft in Offenbach a. M. Aber schon damals erschöpfte seine Tätigkeit sich nicht allein in der Gewerkschaftsarbeit. Prüll war im Jahre 1896 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden und steckte bald auch in der politischen Arbeit. So war er 1903 im Vorstand des Wahlvereins Offenbach a. M. Als im Jahre 1904 die Anstellung von hauptamtlichen Gauleitern in unserem Verbandsverband beschlossen wurde, wählte man Sebastian Prüll zum Gauleiter in Ludwigshafen a. Rh. Als Gauleiter hat er an dem Aufbau unseres Verbandes einen hervorragenden Anteil. Schrift- und redigewandt, wußte er stets mit Nachdruck und erfolgreich die Interessen der Arbeiterschaft und der Organisation zu vertreten. Das war damals und gerade in Ludwigshafen oft nicht leicht, und es bedurfte der ganzen Energie des Bayern Prüll und des ganzen unerschütterlichen Idealismus des Gewerkschafters Prüll, um die Organisation im Gau Ludwigshafen zu den Erfolgen zu führen und sie so auszubauen, daß sie ein starkes Bollwerk gegen die auch in jener Gegend nicht schüchternen und nachgiebigen Unternehmer wurde. Als im Frühjahr 1911 beim Hauptvorstand das Literarisch-statistische Büro eingerichtet wurde, trat Prüll in diese Abteilung ein und wurde am 12. April 1918 der Nachfolger des noch heute unvergessenen Redakteurs Heinrich Schneider, der dem Verbandsverband durch einen Unglücksfall plötzlich entzogen wurde. Wenn heute „Der Proletarier“ eine der besten Gewerkschaftszeitungen ist, so dankt der Fabrikarbeiterverband das nicht zum wenigsten der unermüdbaren, zielbewußten Arbeit des Kollegen Prüll. Sein umfassendes Wissen auf gewerkschaftlichem, politischem und wissenschaftlichem Gebiet, sein unbestechliches Gefühl für Recht und Wahrheit, seine heiße Liebe zur Arbeiterbewegung machten ihn zu dem Posten des Redakteurs vorbestimmt. Das Bild des Kollegen Prüll wäre aber nicht vollständig, wenn wir vergessen würden, seine Kollegialität und hilfsbereite, gütige Menschlichkeit zu erwähnen, die schon sehr viele Bedrängte erfahren haben. Persönliche Feinde dürfte der Kollege Prüll kaum haben, außer jenen Leuten, die er als Schädlinge der Arbeiterbewegung erkannt hat und die er darum unerbittlich bekämpft.

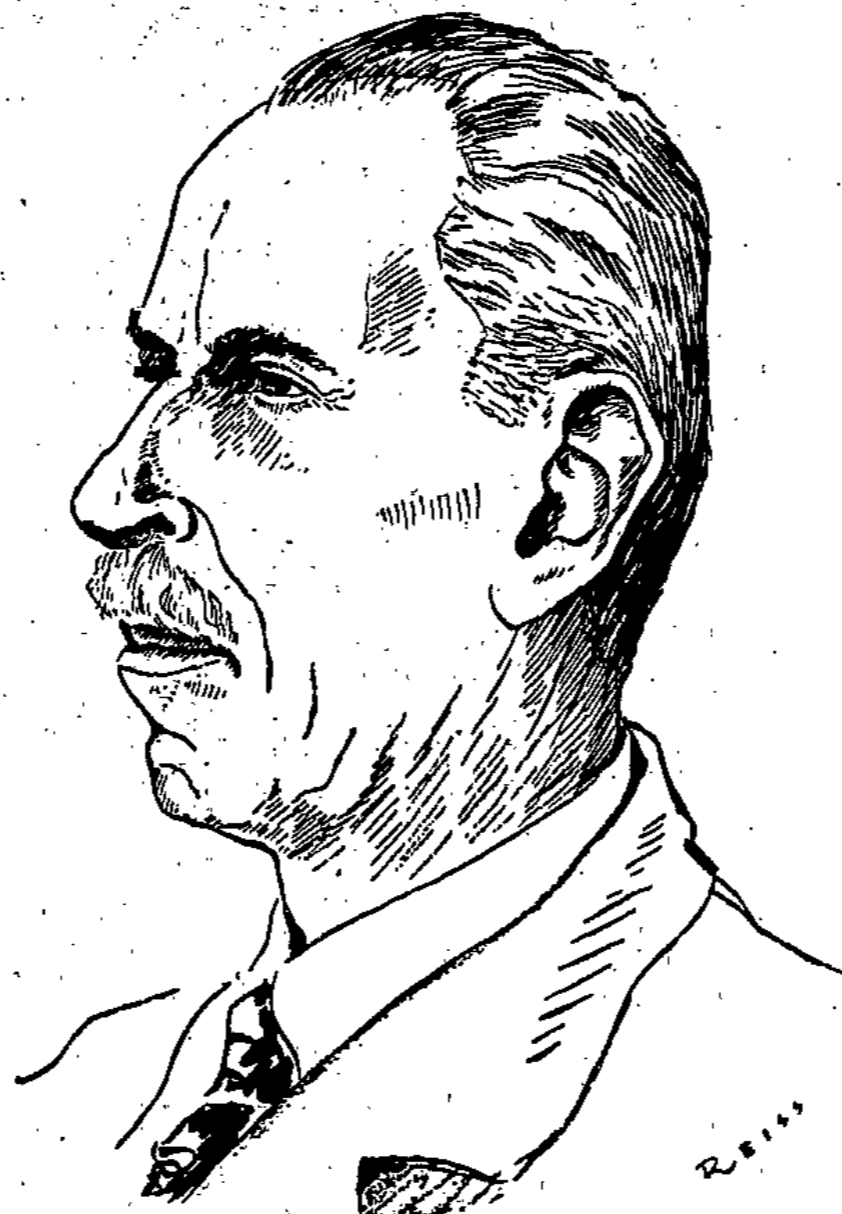
Die Tätigkeit Prülls als Lehrer an unserer Schule in Wennigsen hat ihn auch mit der jüngeren Generation unserer Mitglieder in nähere Verbindung gebracht, die aus seinem umfassenden Wissen und seinen reichen volkswirtschaftlichen Kenntnissen Belehrung und Anregung erfuhren, so daß er auch auf diese Weise zum geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse hervorragend beiträgt.

Selbstverständlich ist der Kollege Prüll auch im politischen Leben Hannovers nicht unbemerkt und untätig geblieben. Von 1922 bis 1924 war er Vorsitzender der SPD. Hannover.

Sebastian Prüll hat sein Wirken im Dienste der Arbeiterbewegung stets als Lebensaufgabe angesehen. Kein Arbeiter, kein Gewerkschaftsführer kann seine Aufgaben lösen, ohne einen unerschütterlichen Idealismus, ohne ein unbegrenzt und unbestechliches Gerechtigkeitsgefühl und ohne eine heiße Liebe zum Proletariat. Alle diese Eigenschaften besitzt aber unser Kollege Prüll, und daher die Erfolge, die er in seinem Kampfe um den Aufstieg des Proletariats errungen hat.

Zu seinem Jubiläum beglückwünschen wir ihn und den Verband, in dem er so lange Mitarbeiter, Führer und Vorbild war und noch auf Jahrzehnte hinaus bleiben möge.

Der zweite Jubilar, Eduard Jallmann, ist geboren am 30. April 1865 in Perlschwalde, Kreis Angerburg (Ostpreußen). Sein Vater war Instmann, womit schon gesagt ist, daß die Jugend des kleinen Eduard keine allzu rosige war. Instleute waren in der damaligen Zeit nicht viel besser als Hörige, also Halbfreie. Ob die Familie eines Instmannes ein Handelsleben oder ein Leben wie andere freie Menschen führen konnte, hing ganz von der persönlichen Charaktereigenschaft des landwirtschaftlichen Arbeitgebers ab. Brutalität war ein hervorragender Charakterzug des ostpreussischen Junkers. Vielleicht haben die



Sebastian Prüll

damals auf den jungen, aufgeweckten Instmannssohn wirkenden Eindrücke die erste geistige Revolution bei ihm ausgelöst, die ihn befähigen sollte, den Kampf aufzunehmen gegen Unrecht und Elend. Kaum 14 Jahre alt, verlor Eduard Jallmann den sorgenden Vater, und so mußte er nach beendeter Schulzeit mit angreifen, um Verdienst zu schaffen. Heute noch in der Schule, morgen an der Arbeitsstätte, heute noch Schulkind, morgen schon Tagelöhner. Die „Verhältnisse“ gestatteten dem kleinen Eduard nicht, ein Handwerk zu erlernen, und so wurde er „Ungelernter“. Im Juni 1890 wurde bekanntlich unsere Organisation gegründet, und bereits am 1. November desselben Jahres wurde Eduard Jallmann Verbandskollege. Vom Tage seines Eintritts in den Verband bis heute liegt so viele aufreibende Tätigkeit für den Verband, für die Arbeiterbewegung überhaupt, liegen so viele persönliche Opfer, daß eine Nummer des „Proletariers“ nicht hinreichen würde, um alles zu schildern. Freud und Leid, Jubel und Enttäuschung hat er kennengelernt, wie alle die Pioniere unseres Verbandes im kaiserlichen Deutschland. Sehr bald ist der Kollege Jallmann Mitglied der Mitgliedschaft mit Ehrenämtern betraut und auf verantwortungsvolle Posten gestellt worden, ein Beweis für das in ihn gesetzte Vertrauen. Von 1892 bis 1894 war er Revisor beim Hauptvorstand und von 1900 bis 1904 Mitglied des Hauptvorstandes. Seit dem 19. Dezember 1904 ist Kollege Jallmann als Angestellter im Hauptbüro tätig. Seine Gewissenhaftigkeit, sein einwandfreies kollegiales Ver-



Eduard Jallmann

halten haben ihm von jeher die allgemeine Hochachtung seiner Mitarbeiter gesichert.

Eduard Jallmann ist außer seiner Tätigkeit für den Verband auch politisch nicht müßig gewesen. Am Tage seines Eintritts in den Verband, also am 1. November 1890, ist er auch der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Auch da hat er jederzeit aktiv mitgearbeitet — war zum Beispiel von 1907 bis 1912 ehrenamtlicher Bezirksleiter der Parteiorganisation in Hannover. Wenn die hannoversche Arbeiterbewegung innerlich gesund ist, so hat hieran Eduard Jallmann sein gut Teil verdient. Indem wir ihm zu seinem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche darbringen, verbinden wir damit den Wunsch, daß er uns in voller Gesundheit und Rüstigkeit noch viele Jahrzehnte der gute Kamerad sein möge, der er uns seither war.

Der Hauptvorstand
des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Psychotechnische Berufseignungsprüfung.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hielt am 7. Mai in Berlin eine erweiterte Konferenz ab, um Klarheit über den gegenwärtigen Stand der Berufspsychologie zu gewinnen. Es waren nicht nur die Sachbearbeiter der verschiedenen Verbände, sondern auch Funktionäre der Berliner Großbetriebe, Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, des preussischen Handelsministeriums und mehrere Reichstagsabgeordnete erschienen.

Es handelte sich bei dieser Konferenz von vornherein nicht um eine Kundgebung für oder gegen die psychologische Eignungsprüfung, sondern um eine Aussprache zwischen den Vertretern der Wissenschaft und der Gewerkschaften.

Die Eignungsprüfung will die Berufsauslese auf eine objektive wissenschaftliche Grundlage stellen. An die Stelle von Empfehlungen, Zeugnissen, Probebeschäftigungen soll das wissenschaftliche Experiment treten. Die neue Wissenschaft wird unter dem Begriff „Psychotechnik“ zusammengefaßt. Es wurden komplizierte Apparate erdacht, um durch präzisionspsychologische Messungen die Tüchtigkeit der Bewerber festzustellen. Man dachte sich Stichproben aus, um Gedächtnis, Rechenfertigkeit, Kombinationsgabe usw. zu prüfen. Für einzelne Arbeiterberufe, besonders für die sogenannten „Lenker“berufe, in denen es auf Eigenschaften ankommt, die verhältnismäßig leicht meßbar sind, ist diese Art der Eignungsprüfung bereits anerkannt worden.

Die Berufseignungsprüfung setzt ein bestimmtes Berufsbild voraus. Was weiß aber der Psychotechniker vom Beruf? Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei Umfragen über einen Beruf die Anforderungen überspannt werden. Diese unzulängliche Methode hat dann zu experimentellen Berufsuntersuchungen auf Grund von Arbeitsstudien geführt. An die Stelle der Erfassung des gesamten Berufsbildes trat die Analyse des einzelnen Arbeitsvorganges. Hand in Hand damit ging die Verlegung der Eignungsprüfung in den Betrieb. Wenn auch die Rationalisierung schon zu einer weitgehenden Mechanisierung der Arbeitsvorgänge geführt hat, so bleibt es doch sehr fraglich, ob durch Prüfung einzelner Funktionen ein Urteil über die beruflichen Gesamtanforderungen zu gewinnen ist. Man hat den Eindruck, als ob hier, ähnlich wie bei der Konjunkturforschung, in Einzelheiten mathematisch exakt gearbeitet wird, daß aber vieles noch völlig ungeklärt ist, ungeklärt vor allem deshalb, weil es bei vielen Berufen weniger auf die Einzelheiten der Begabung und der geistigen Fähigkeit ankommt, als auf die Persönlichkeit, die Gesamtheit der Charakterveranlagung.

In letzter Zeit ist man von der Untersuchung einzelner Fähigkeiten zur Totalanalyse übergegangen. Man versuchte in die Tiefe des Willens, des Temperaments, des Gemüts vorzudringen. Fraglich bleibt aber, wie weit sich die Persönlichkeit experimentell erfassen läßt. Neue Wege wurden mit der Handschriftendeutung nach Bewerbungschriften eingeschlagen. In der Schrift und daneben in dem Bilde eines Menschen versucht man wissenschaftlich seinen Charakter und seine Fähigkeiten zu erfassen. Die Lehren von Freud und Klages wurden zu einer Art Menschenkunde verbunden.

Liegen hier nicht große Gefahren für Arbeiter, Angestellte und Beamte? Die Wissenschaft in allen Ehren, aber die geistig-seelischen Eigenschaften eines Menschen lassen sich wohl kaum einigermaßen zuverlässig durch experimentelle Messungen usw. ermitteln. Aber die theoretische Bedeutung der Eignungsprüfung bestehen kaum noch Zweifel, wohl aber über die Grenzen ihrer praktischen Verwendbarkeit. Man befürchtet auch sozialpolitische Gefahren, wenn der neuen, noch unsicheren Wissenschaft zu schnell vertraut wird. Professor Stern von der Universität Hamburg stellte auf der Konferenz Leitsätze für die Psychotechnik auf, von denen nur einige hier wiedergegeben werden können: Die rechte Berufverteilung, Berufswahl und Berufsauslese kann durch psychotechnische Methoden der Eignungsprüfung wesentlich gefördert werden. Die Anwendung solcher Methoden liegt im gleich-

zelligem Interesse der berufstätigen Individuen der Betriebe und der Allgemeinheit. Das psychotechnische Gutachten hat lediglich den Charakter ergänzenden Materials; es liefert einen Gesichtspunkt für die Berufsentscheidung neben den selbstverständlichen Gesichtspunkten anderer Art, insbesondere solche wirtschaftlicher, sozialpolitischer und persönlicher Natur. Die psychotechnischen Eignungsfeststellungen müssen so vor sich gehen, daß soziale und persönliche Härten vermieden werden. Deshalb ist zu wünschen, daß die psychotechnischen Feststellungen möglichst vor Eintritt in den Beruf oder in eine neue Stellung erfolgt, und daß sie durch neutrale Instanzen (psychologische Institute der Hochschulen oder Städte, Arbeitsämter, Berufsberatungstellen) vorgenommen werden.

Professor Moede, Leiter des Instituts für industrielle Psychotechnik der Technischen Hochschule Berlin, bemängelte, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch nicht einmal in ihrer Zentrale über einen wissenschaftlich vorgebildeten Chefspsychologen verfüge. Man könne von den Berufsämtern so lange eine Erfolge erwarten, als sie nicht über das genügend vorgebildete und geschulte Personal verfügen. Professor Moede forderte, daß man eine Approbation der Eignungsprüfer, eine Eignungsprüfung der Eignungsprüfer einführe, weil allein dadurch eine gewisse Gewähr für die wissenschaftliche Durchführung gegeben sei. Er sprach in der Hauptsache aus seiner Erfahrung als Obergutachter bei der Reichsbahn-Gesellschaft, wo der zahlenmäßige Erfolg für den Wert der Prüfungen spreche. Professor Moede lehnte jedoch mit aller Entschiedenheit viele Methoden der Tiefenpsychologie zur Erfassung der Gesamtpersönlichkeit ab. Es könne in vielen Fällen nur darauf ankommen, bestimmte Fähigkeiten festzustellen.

Der Leiter des Berufsamts Brandenburg, Helmut Bogen, bezeichnete die Eignungsprüfung als Berufsnotwendigkeit. Die Betriebsbedürfnisse erforderten einfach zwangsläufig die Eignungsprüfung, die an die Stelle schlechterer, unzuverlässiger und sozialpolitisch gefährlicherer Methoden treten müsse. Darüber dürften einzelne Mißgriffe und Fehlschlüsse nicht hinwegzuführen.

Der Psychoanalytiker Dr. Bernfeld lehnte die Verwendung der Tiefenpsychologie ab, weil sie technisch einfach undurchführbar sei. In dem gleichen Sinne wandte sich Bernfeld gegen die Graphologie, die heute noch nicht zu einer Wissenschaft durchgeheilt sei. Vor allem aber wies Bernfeld darauf hin, daß mit der Verlegung der Eignungsprüfung in den Betrieb neue Wege der geistigen Bevormundung der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber beschränkt worden seien. Es handle sich offenbar vielfach noch weniger um eine Prüfung der „Eignung“, als um eine Spekulation auf Rekordleistungen. Er wandte sich dagegen, bei der Beurteilung der Eignungsprüfung von dem Betrieb und seinen Erfordernissen auszugehen. Es müßten die gesamten sozialen Zusammenhänge betrachtet werden.

Alles in allem hat die Konferenz ergeben, daß die Berufsanalyse noch weniger zuverlässig ist. Es wurde der Eindruck gewonnen, daß es heute noch keine wissenschaftlichen Hilfsmittel gibt, um von einem fremden Menschen ein zuverlässiges Bild zu gewinnen. Es kann nur die Veranlagung für bestimmte Fähigkeiten festgestellt werden. Aber auch die experimentelle Prüfung einzelner Funktionen ist noch etwas Unsiheres. Die Eignungsprüfung wird sich zunächst noch auf Jugendliche und einige besondere Fälle wie Berufswechsel beschränken müssen. Die Eignungsprüfung soll stets vor Eintritt in den Betrieb stattfinden. Ganz besonders wichtig ist es aber, daß sie von einer neutralen Stelle vorgenommen wird. A. S.

Unduldsamkeit der Haleschen Knappschaff oder wer anderen eine Grube gräbt

Das Knappschaffsmitglied G. aus Liesenort machte Ansprüche auf Pension geltend. Er bekam vom Knappschaffsverein die Aufforderung, sich im Krankenhaus Bleicherode a. Harz untersuchen zu lassen. Der Chefarzt Dr. Schulze stellte in seinem Gutachten u. a. fest: „Urin ohne Eiweiß und Zucker“.

G. erklärt, daß sein Urin nicht untersucht worden sei. Aus diesem Grunde könne das Gutachten nicht stimmen. Er wandte sich an seine Organisation. Unser Geschäftsführer Apel in Salzgungen forderte von Herrn Dr. Schulze Aufklärung. Dr. Sch. verwehrte sich gegen den Vorwurf leichtfertiger Begutachtung und kam nach weiterem Schriftwechsel dazu, am 25. Februar 1929 Strafantrag gegen Apel wegen Beleidigung zu stellen.

Gleichzeitig wandte sich die Halesche Knappschaff mit Schreiben vom 21. Februar 1929 an den Oberstaatsanwalt. Die Halesche Knappschaff hatte es also noch etwas eiliger als der Beleidigte selbst. Vielleicht ergibt sich das auch aus den Gründen, die der Staatsanwaltschaft unterbreitet wurden. U. a. schreibt die Halesche Knappschaff:

Die Erhebung der öffentlichen Klage ist ein öffentliches Interesse dringend geboten. Die in den Briefen enthaltenen Beleidigungen und Herabwürdigungen des Chefarztes treffen diesen nicht nur rein persönlich, sondern auch in seiner besonderen Stellung als leitender Arzt eines öffentlichen Krankenhauses. Die Halesche Knappschaff, in deren Diensten der Chefarzt in Bleicherode steht, ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.

Es ist gar nicht abzusehen, welche Benachteiligungen in die gesamte Bergarbeiter-Schaft Mitteldeutschlands hineingetragen werden könnten, wenn der Ruf des Chefarztes und damit des Krankenhauses Bleicherode weiter, wie es geschehen ist, weitergegeben wird. Weiter hat das Krankenhaus Bleicherode auch in zahlreichen Fällen kein Urteil über die Arbeitsfähigkeit von Bergarbeitern in Krankheitsfällen abgegeben, so daß an diesem Urteil nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber außerordentlich interessiert sind.

Schließlich ist für die gesamte Bevölkerung der weitesten Umgebung von Bleicherode der Ruf eines in ihrer Mitte gelegenen öffentlichen Krankenhauses, das jeder einzelne in Anspruch nehmen kann, von größter Bedeutung.

Besonders haben auch ein Interesse daran die anderen öffentlichen Krankenhäuser, denen die gleichen Aufgaben bei der Durchführung der Sozialversicherung zugewiesen sind, und die denselben Aufgaben ausgesetzt sind. Es ist dringend erforderlich,

daß die an so hervorragender Stelle stehenden Ärzte, die in dieser Eigenschaft die gesetzlichen Aufgaben der Sozialversicherung zu erfüllen haben, vor derartigen falschen Urteilen von den staatlichen Organen besonders geschützt werden.

Unterschieden ist diese Eingabe: Die Verwaltung der Haleschen Knappschaff, Wittner und Rahmann.

Nach der einschlägigen Vernehmung wurde unserem Kollegen Apel von der Staatsanwaltschaft folgendes eröffnet:

„... Inwieweit durch Bekundungen beider erwähnten Gegenzeugen der Wahrheitsbeweis, daß Dr. Apol (sein mitunterzeichnender Arzt) - etwa im Drange der Geschäfte - unrichtige, tatsächliche Entnahmen und Untersuchungen entbehrende Urteile eingetragenen hat, als erbracht anzusehen ist, mag immerhin dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle kommt dem Beschuldigten bei dieser Sachlage der Schutz des § 193 StGB. (berechtigte Interessenwahrnehmung) zugute, der auch bei nicht bzw. nicht ausreichend erbrachtem Wahrheitsbeweis Platz greift. Der Beschuldigte als Filialleiter des Fabrikarbeiter-Verbandes Deutschlands vertritt die Interessen der betreffenden Arbeiter. Er erhebt die Vorwürfe in Eingaben an Sie als Chefarzt des betreffenden Krankenhauses - aus Oberbergamt, Klausal als Berufungsinstanz und die Hess.-Thür. Knappschaff als Rentenstelle und überschießt, so scharf stellenweise Kritik geübt wird, doch nirgends die noch erlaubte Grenze berechtigter Interessenwahrnehmung. Es liegt also keine strafbare Handlung vor.“

Bei diesem einfachen Tatbestand wird der Leser selbst Parallelen ziehen können zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Träger der Knappschaffsversicherung. Er wird ohne weiteres herausfinden, wer hier sozialer eingestellter ist und wer in der Lage ist, soziale Notwendigkeiten zu würdigen.

Keine

Kollegin, kein Kollege darf am 22. Dezember 1929 für die Hugenbergfront votieren, d. h. die

Stimme

für politische Analphabeten, für Feinde der Republik, für Republik-Minister-Zuchthausgefangene

abgeben.

Wir lassen die Zuchthausfreunde ganz unter sich im engsten Kreise.

Der kommunistische Spalterkongress.

Viel Gift und Haß, Demagogie und Borniertheit, niedrige Schamlosigkeit und Raivität, massenhaft Unwahrheit und wenig „Lift und Schlaueit“ waren am 31. November und 1. Dezember 1929 in der Buchdruckerei in Berlin versammelt. Ein kommunistischer Gewerkschaftskongress sollte diese lose Gesellschaft mit dem noch löcherigen Mantelwerk sein. Dahinter standen weder die Gewerkschaften noch die Arbeitermassen. 2000 Delegierte aus dem Reich werden erscheinen, so prophezeite „Die Rote Fahne“ Nr. 189 vom 26. September 1929. In der Nr. 247 vom 4. Dezember d. J. teilt das gleiche Blatt mit, es seien 1122 Delegierte dagewesen, „gewählt von ihren Arbeitsbrüdern“. Es war also glücklich die Hälfte der angekündigten zweitausend zusammengetrommelt.

Arbeitsbrüder! Wie wird dieses schöne Wort verunzucht, wenn es aus kommunistischem Munde kommt! Erlaubt sich einer dieser „Arbeitsbrüder“ eine andere als streng russisch-orthodoxe Meinung, sofort ist er ein Schuft, ein Lump, ein Verräter, ein Sozialfaschist. Übrigens, schwer genug ist es geworden, diese Delegierten in der Hauptsache auf den Arbeitsnachweisen zusammenzubringen. Zwei Millionen Arbeiter in den Betrieben sollen hinter den Delegierten stehen, so prahlte „Die Rote Fahne“ Nr. 246 vom 3. Dezember. Einen solchen Esel, der das glaubt, gibt es in Deutschland nicht. „Die Rote Fahne“ hat geblüfft. Hier der Beweis: In einer ganzen Anzahl der für uns im Zahlstellengebiet Königsberg zuständigen Betriebe sind insgesamt 2000 Beschäftigte. In den von unseren Mitgliedern genau kontrollierten von der KPD einberufenen Betriebsversammlungen zwecks Wahl von Delegierten waren 110 Versammlungsbesucher. Diese Zahl wäre auch nicht zustande gekommen, wenn nicht die KPD, wie gewöhnlich, die Arbeiterschaft „mit Lift und Schlaueit“, d. h. durch Betrug, eingefangen hätte. Also die Herren KPDisten haben zur Versammlung eingeladen mit der Lagesordnung: Bericht über die Aufsichtsratsprüfung (Zellstofffabrik), obwohl der Einberufer wußte, daß der Berichtsführer krank ist. Und so sind denn 110 Mann zusammengekommen, gezählt werden sie als zweitausend. Unter solchen Umständen kamen zwei Millionen Wähler zusammen, in Wirklichkeit stehen als Wähler noch keine 5 Prozent dahinter.

Der Zweck des Kongresses war der gleiche wie der des kommunistischen Betriebsrätekongresses im Jahre 1922. Verhöhnung der Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften. Mit einem Witz von Phrasen werden die „Aufgaben“ der KPD besprochen. Da wird nach Feststellung des „Temporverlustes“ der Partei erzählt: „Die große strategische und taktische Wendung muß hundertprozentig vollzogen werden. Wir müssen die Partei auf Kriegsfähigkeit bringen.“ Darunter kann sich natürlich jeder entsprechend seiner Intelligenz vorstellen, was er will. Neben den Betriebszeitungen müssen Häuserblockzeitungen herausgegeben werden. Arme, bedauernswerte Opfer! „Wir müssen die richtigen Kampfmethoden finden...“, sagt Thälmann. Er wird sie vermutlich nie finden. „Wir müssen alle Kräfte anspannen, nur in verstärkter Form Wirtschaftskämpfe von immer breiterem Ausmaße durchzuführen.“ „Wir müssen...“ usw. Dieser Ausdruck, wir müssen verstehen, ist Lenin abgelautet. Wie er sich ränpert, wie er spricht... Wir müssen verstehen, heißt bei den deutschen Kommunisten „wir müssen verstehen“. Aus solchen Streikämpfen - heißt es dann weiter - „entstehen in Ju-

kunft die Kämpfe, die wir als Massenstreiks bezeichnen.“ Das heißt auf deutsch: Wir müssen Streiks anstellen, müssen zu Massenstreiks treiben und dann zur Revolution überleiten, und die Sowjetdiktatur ist da. Wann kann das große Schlachtfest beginnen, genau wie in Rußland.

Unter der Großmäuligkeit der KPD. steckt nicht allzuviel. Recht mächtig war es dieses Mal mit den Begrüßungen und Verteilungen aus dem Ausland. Das ist kein Wunder. In Frankreich, England, in der Tschechoslowakei usw. hat die kommunistische Partei die Arbeiterbewegung zum Teil zerlegt. Das wird den eigenen Anhängern zu dumm, selbst in Deutschland. Daher das Gejammer über die Passivität der Funktionäre, wie folgendes Zirkular beweist:

... den 25. November 1929.
An die Funktionäre und Mitglieder der Partei in den Gewerkschaften, Ortsgruppen und Betrieben.
Werte Genossen!

Die Vorbereitung des Reichskongresses sowie die Mobilisierung der Bergarbeiter-Schaft zur Lohnbewegung zeigen uns immer wieder, daß die von der Parteileitung aufgestellten Schwächen der Organisation der Durchführung der Beschlüsse des 12. Parteitages noch nicht beseitigt sind.

Während die Linksentwicklung innerhalb der Arbeiterschaft immer stärker wird, ist die Passivität innerhalb der Partei eine apparitunistische Abweichung und bedeutet angesichts der Zuspitzung der Klassengegenstände eine große Gefahr.

Aberall, wo bisher bei der Durchführung der einzelnen Kampagnen unsere Funktionäre als Betriebsräte, Vertrauensleute, Ortsverwaltungsmitglieder usw. die Linie der Partei nicht konsequent durchführten, müssen bei den jetzt vor uns stehenden Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen personelle Veränderungen durchgeführt werden. Mit Unterstützung und unter Kontrolle der politischen Parteileitungen im Ort sowie im Unterbezirk müssen die unfähigen oder falsch eingestellten Funktionäre durch zuverlässige und politisch klare und feste Genossen ersetzt werden.

Auf keinen Fall dürfen wir, wie bisher, die Auswahl der Funktionäre dieser wichtigen Funktionen in Betrieben und Gewerkschaften den Gewerkschaftsfunktionären allein überlassen. Zu jeder Wahl müssen die Funktionen unter Kontrolle der politischen Parteileitungen zusammengetreten und die geeigneten Vorschläge für die zu besetzende Position machen. Die Schwierigkeiten und Differenzen eintreten, müssen Ortsgruppen-Mitgliedererwartungen einberufen werden, die zu den Fragen Stellung nehmen und sie klären.

Vor den Wahlen in wichtigen Gewerkschaften und Betriebsräten muß unbedingt die Bezirksleitung in Kenntnis gesetzt werden, damit sie die personelle Besetzung dieser Funktionen überwachen kann. Mit der Durchführung der Reichskontrolle wird auch die personelle Reinigung des Gewerkschafts-Funktionärkörpers erleichtert werden.

Nur eine gute Besetzung des Funktionärkörpers in den Betrieben und Gewerkschaften garantiert uns, daß die Beschlüsse der Partei auch wirklich konsequent und energisch durchgeführt werden.

Mit kommunistischem Gruß
A. S. - - - Mt. Gewerkschaften.

Bluff auf der ganzen Linie, Bluff war auch der Kongress. Die KPD. hat kein Interesse am Wohlergehen der Arbeiterschaft. Verelendung der Arbeitenden ist ihr Ziel, um grausame Diktatur aufzurichten. Verbannung in fohbringenende Gestirne, Verjagung und Flucht aus dem Vaterlande, ist das herrliche Ergebnis in Rußland. Dieses Schicksal trifft alle humanen freidenkenden Menschen. Der deutschen Arbeiterschaft soll ein gleiches Elend erspart bleiben.

Der Wille der Versicherten.

„Für Änderungen in der äußeren Organisation der Krankenversicherung muß der Wille der beteiligten Versicherten maßgebend sein.“ So beginnen die Leitsätze, die auf dem 33. Deutschen Krankenkassentag zur Reform der Reichsversicherungsordnung angenommen wurden. Darob große Befürzung im Unternehmerlager. Hat man schon die Annahme der Leitsätze nicht verhindern können, so verfuhr die den Unternehmern willfährige Presse sie nachträglich herunterzureißen. Diese krampfhaften Bemühungen, den Wert einer Entschliebung zu mindern, hinter der der größte Teil aller Krankenversicherten steht, haben natürlich einen sehr realen Hintergrund. Das Unternehmertum fürchtet um seine Machtpositionen in der Krankenversicherung. Die Unternehmer sehen diese Machtpositionen vorzugsweise in den Betriebs- und Innungskrankenkassen. Zwar haben grundsätzlich auch in diesen Kassenarten die Versicherten in den Organen zwei Drittel der Stimmen und damit theoretisch den überwiegenden Einfluß auf die Kassengeschäfte. Praktisch sieht es aber anders aus als in der Theorie.

Die Bestimmung, daß die doppelte Mehrheit zur Änderung der Satzung und zur Auflösung der Kasse erforderlich ist, muß auf jeden Fall beseitigt werden. Diese Maßnahme stammt aus der Zeit der Reaktion. Dadurch wird die Selbstverwaltung der Versicherten beseitigt. Die Rechte, die sich den Versicherten durch die Leistung des 1/2-Beitrages gesichert haben, werden durch diese Willkürmaßregel beseitigt. Was nützt die beste Ausgestaltung des Gesetzes, wenn den Versicherten die Verwaltungsrechte beschliffen bleiben!

Zunächst führt in den Betriebskrankenkassen grundsätzlich der Unternehmer oder sein Vertreter den Vorsitz. Gegenüber den übrigen Vorstandsmitgliedern ist aber die Stellung des Kassenvorsitzenden mit soviel Vollmachten umkleidet, daß schon hier eine Machtposition von Bedeutung gegeben ist. Dazu kommt nun noch, daß die Betriebskrankenkassen keine eigenen Angestellten haben, sondern daß die Verwaltung von Angestellten des Unternehmers geführt wird. Die Versicherten im Kassenvorstand haben also auf die Angestellten gar keinen Einfluß; die tatsächliche Führung der Kassengeschäfte erfolgt lediglich nach den Anweisungen des Unternehmers. Der Angestellte, der dagegen aufmucken, die Interessen der Versicherten denen des Unternehmers voranzustellen wollte, wäre erledigt. Selbst wenn er nicht gerade entlassen würde, kann man ihn innerhalb des Betriebes verlegen und ihn so aus der Betriebskrankenkasse entfernen. Meist sind außerdem Betriebskrankenkasse und Lohnbuchhaltung engstens miteinander verbunden. Damit wird erreicht, daß der Versicherte unter allen Umständen unter der Kontrolle des Unternehmers bleibt, daß der Unternehmer Einblick auch in die ureigensten Angelegenheiten seiner Arbeiter erhält. Wie sehr diese Kenntnisse verwertet werden, weiß jeder, der einmal in Betrieben mit Betriebskrankenkassen gearbeitet hat.

Wohlich steht es in den Innungskrankenkassen aus. Der Vorsitzende wird auch hier nicht gewählt, sondern von der Innung bestellt. Nun ist es keine Innung verboten, zum Vorsitzenden auch einen Gesellen zu bestellen. Der Fall ist aber noch nicht vorgekommen. Die Kassenangelegenheiten werden hier vom Kassenvorstand bestellt. Aber die Innung hat es sehr leicht, die Dinge nach ihrem Willen zu lenken. Sie kann nämlich erklären, daß die Arbeitgeber die Kassenbeiträge zur Hälfte übernehmen. Damit erhalten sie gleichzeitig die Hälfte der Stimmen im Vorstand und mit der Stimme des Vorsitzenden sogar die Mehrheit. Es ist bezeichnend, daß dieselben Handwerksmeister, die über die Höhe der sozialen „Lasten“ sonst nicht genug klagen können, in einer ganzen Reihe von Fällen diese erhöhte Last gern übernommen haben. Wenn sie nur hinreichend Einfluß erlangen, dann auf einmal sind die Lasten nicht zu hoch. Auch hier nacktes Nachstreben. Die bisher ziemlich unumschränkten Herren in den Betriebs- und Innungskrankenkassen kennen genau ihr Sündenregister, sie wissen, daß sie keine besonders gute Sache verteidigen. Daher die fast hysterische Aufregung über die Vertreter der Ortskrankenkassen und die Gewerkschafter, weil die die Dinge beim rechten Namen nennen. Für die Versicherten aber ist die Situation klar. Die Krankenversicherung ist ihr angestammtes Erbe. Den Krankenkassen ist das Gesundheitsgut der Arbeiterschaft anvertraut; sie allein hat darüber zu bestimmen, in welcher Organisation dies große Gut verwaltet werden soll.

erheblichen Einfluß in ihrem Interesse auf die Lehrlinge ausüben. Diese Werkstätten müssen unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Der Entwurf muß in allen seinen Teilen gründlich verbessert werden, wenn er nicht dazu führen soll, daß viele von den Gewerkschaften bereits erzwungene Vorteile auf dem Gebiete der Regelung des Lehrvertrages des Lehrlings in Verlust geraten. Wenn die Organisation mit dem Lehrling zusammenarbeitet, so ist das ein Gewinn für das Berufswesen. Der Entwurf muß entweder verbessert oder abgelehnt werden.

Mahler (Bundesvorstand): Der vorliegende Entwurf ist ein Produkt sehr harter Kämpfe. Die Praxis des Gesetzes wird abhängen von der Macht der Verbände. Zu bedenken ist, daß das Gesetz sämtliche Jugendlichen erfasst, nicht nur die Handwerkslehrlinge.

Larnow (Bundesvorstand) sieht den grundsätzlichen Erfolg darin, daß das alte Privileg der Handwerkskammer durchbrochen ist. Die paritätische Umgestaltung der Handwerkskammer, überhaupt der Kammern, bleibt allerdings noch zu leisten. Larnow gibt zu, daß für den Bauergewerksbund, die Buchdrucker und Holzarbeiter eine gute Regelung der Lehrungsverhältnisse gelungen ist; es ist aber in einigen Berufen auch schon in viel höherem Maße tatsächlich Arbeitsverhältnis geworden als in anderen Berufen. Die Alternative: gesetzlicher Fortschritt auf der ganzen Linie, wenn auch mit geringem Einfluß der Gewerkschaften oder stärkerem Einfluß einiger Gewerkschaften im Tarifvertrag, besteht wohl kaum. Wenn das Gesetz schaltet die tarifvertragliche Regelung nicht aus. Die Parität in den Ausschüssen ist eine wirkliche Parität. Die Arbeit in den Ausschüssen wird gewiß schwierig sein. Aber die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die den Handwerkskammerorganen alleinige Rechte geben, kommen doch in Fortfall. Kommt man in den Ausschüssen zu keiner Einigung, so bleibt der Weg der tarifvertraglichen Regelung für die Gewerkschaften offen. Die Konstruktion der

Luxemburgs und Frankreichs und die Schwierigkeiten untersucht, die sich für die gewerkschaftliche Aufbaubarkeit ergeben. Anschließend sprach Schlimme über die Neuwahl der Handwerkskammern, die nach der Neuordnung vom 1. April 1929 vor der endgültigen Fertigstellung der Handwerksrolle für die einzelnen Kammerbezirke nicht möglich ist. Erst dann ist auch die Neuwahl der Gesellenausschüsse möglich. Die Wahlen können voraussichtlich erst im Mai oder Juni stattfinden. Ungelöst ist noch die Frage der öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmervertretungen in Sachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck. Da die Gesellenausschüsse sich durch Auswahl von Sachverständigen bis zu einem Fünftel der Mitgliederzahl ergänzen können, so ist bei der bevorstehenden Neuformulierung der Handwerkskammergesetze darauf zu achten, daß Gewerkschaftsvertreter in genügender Zahl in diese Arbeitnehmervertretungen gewählt werden können. Bei der Wichtigkeit der Lehrverträge und Mitwirkung bei sozialpolitischen Entschärfungen ist es Aufgabe der Ortsausschüsse, mit den jeweiligen Gesellenvertretungen für sachgemäße Sicherheiten zu sorgen.

In der lebhaften Debatte, die sich an die Mitteilungen über die Tätigkeit des Bundesvorstandes angeschlossen wurde von den Vertretern verschiedener großer Organisationen mit schärfstem Nachdruck betont, daß im Arbeitsschutzgesetz bei der Regelung der Bestimmungen über Mehrarbeit unter allen Umständen der Tatsache der ständig gewordenen Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden müsse. Bestimmungen, die eine regelmäßige Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit zulassen, verlieren jeden Sinn, wenn, wie heute, die Rationalisierung zu starken Betriebsstörungen und Stilllegungen führt, die eine große Zahl von Arbeitskräften freisetzen.

Nach der Neuregelung des Arbeitsschutzgesetzes im Oktober dieses Jahres wird der Rat um eine sozial-erträgliche Durchführung in den Verwaltungsausschüssen geführt werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß eine Revision der Versicherungsleistungen, wie sie etwa da und dort im Zusammenhang mit der Finanzreform gefordert werde, völlig undiskutabel ist. Wogegen

muß eine Erweiterung des der Krisenunterstützung unterstehenden Personenkreises entschieden gefordert und Maßnahmen zu einer großzügigen Arbeitsbeschaffung vorbereitet werden. Es ist vor allem auch eine Aufgabe, der sich die Bezirkssekretäre annehmen müssen, in ihrem Bezirke zusammen mit den Bauarbeiterorganisationen der Absicht mancher Kommunen entgegenzutreten, ihre Bauvorhaben einzustellen oder einzufrieren. Im volkswirtschaftlichen Interesse muß vielmehr nach wie vor auf eine Beschleunigung der Bauaktivität gedrungen werden. In der Aussprache wandte sich der Vertreter des Deutschen Bauergewerksbundes mit großer Entschiedenheit gegen einen Vorschlag, der dahin geht, eine Einigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bauergewerbes herbeizuführen, die Löhne der Bauarbeiter im Winter im Vergleich zu den Löhnen während der Bauzeit planmäßig zu senken. Dieser Gedanke widerspricht allen von den deutschen Bauergewerkschaften propagierten tariflichen Grundsätzen und muß überall und unter allen Umständen abgelehnt werden.

Unter den beteiligten Verbänden bestand Einigkeit darüber, daß insbesondere die internationalen Berufssekretariate auf die Besserung der Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Erzbergbau, in der Metallindustrie und im Bauergewerbe Luxemburgs und Lothringens einwirken müssen.

In seinem Schlusswort sagte Grafmann die Ergebnisse der Aussprache zusammen. Der Vorstand wird auch seine Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister über die Schaffung vermehrter Arbeitsmöglichkeiten, besonders im Wohnungsbau, fortsetzen.

Zum Schluss gebachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des bekannten und gerade in Gewerkschaftskreisen sehr angesehenen Sozialhygienikers Prof. Sommerfeld, der am heutigen Tage verstorben sei.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung sprach Schlimme. Er berichtete über das Ergebnis der Anfrage bei den Verbandsvorständen bezüglich ihrer Stellungnahme zu den in der Sitzung des Bundesauschusses am 31. Juli 1929 vorgelegten Richtlinien über einseitige Übertrittsbestimmungen.

Die Kommission für Verwaltungsreform hat noch einmal zu den eingegangenen Vorschlägen und Änderungsanträgen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte die Mehrheit der Verbände bis auf den Punkt 5, der den Übertritt von Mitgliedern zu Verbänden mit Invalidenunterstützung regelt, zu. Die Kommission hatte sich bemüht, eine allgemeine Formulierung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden sollten, die auf Grund des § 9 der Bundesgesetzgebung gezwungen sind, bei Berufswechsel aus einem Verband ohne Invalidenunterstützung auszutreten und in einen Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeführt hat. Noch schwieriger wird der Übertritt, wenn ein Mitglied mit Invalidenunterstützung in einen solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertritt soll. Es haben nach der vorliegenden Absicht die Invalidenunterstützung eingeführt bzw. beschlossen: 25 Verbände mit 3 908 449 Mitgliedern; dagegen stehen vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstüzungszweig nicht einführen können oder wollen. Außerdem besteht in vier Verbänden mit 635 254 Mitgliedern die Absicht, entsprechende Vorlagen zwecks Einführung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstagen zu unterbreiten. Im Jahre 1928 beginnen 12 weitere Verbände mit 2 401 430 Mitgliedern mit der Zahlung der Invalidenunterstützung. Insgesamt unterstützen dann 25 Verbände mit 3,9 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leistungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge und der Höhe der Zuschüsse für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 Mark monatlicher Unterstüftung; oder zwischen dem 8- bis 60fachen Wochenlohnbeitrag. Sonderbeiträge werden nur in 11 Verbänden erhoben, und zwar in Höhe von 5 bis 65 Pf. pro Woche. Die Wartezeiten, die zum Bezug der Unterstüftungen berechnen, variieren zwischen 260 und 2080 Beitragswochen. Infolge dieser außerordentlichen Verschiedenheit bleibt kein anderer Ausweg, als daß die Verbände durch Gegenseitigkeitsverträge über die zu zahlenden Unterstüftungen und die Anrechnung der Beiträge im Falle der Invalidenität formulierte Vereinbarungen treffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwaige Härten für Überretrende zu vermeiden, und schließlich könnten diese Gegenseitigkeitsverträge zu einer einheitlichen Regelung dieses Unterstüftungszweiges führen. Notwendig erscheint es ferner, den Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung gesondert in den Verbandsstatuten auszuweisen, um dadurch Benachteiligungen der Mitglieder zu vermeiden.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Bundesauschuss gegen wenige Stimmen den folgenden Richtlinien zu und beschloß ferner, die in der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften im Jahre 1909 gefassten Beschlüsse für doppelt organisierte in diese Richtlinien (unter 8) aufzunehmen.

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des DGB bei Berufswechsel zu einem anderen Verbande übertraten, erhalten die erworbene Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitritts-geld wird nicht erhoben.

2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge kommen nur die an die Hauptkasse geleisteten Wochen- (Voll-) Beiträge in Betracht. Der Hauptkassenbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 v. H. von der Wochenwertmarke als nicht unterstüftungsberechtigte Lokalzuschüsse abzuziehen und dieser errechnete Wert auf 10 Pf. auf- bzw. abgerundet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann umgerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft.

3. Beitragsfreie Marken, Ertragsbeiträge, Anerkennungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Lokalbeiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.

4. Für die Unterstüftungsberechnung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die zum Bundesauschuss beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstüftungen (siehe Jahrbücher des DGB, 1926/27) be-

Vierte Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

II.

Darauf erhielt Maschke das Wort zu dem Referat über das Berufsausbildungsgesetz:

Das Berufsausbildungsgesetz sei zurückzuführen auf Forderungen der Gewerkschaften. Auch Forderungen der Zentralarbeitsgemeinschaften, in denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig waren, bildeten die Grundlage des Verlangens nach einem Berufsausbildungsgesetz. Der Gesetzentwurf stellt die Arbeit aller Jugendlichen — grundsätzlich ausgenommen ist die Landwirtschaft — unter die geplante Regelung. Dem Arbeitgeber kann das Recht zur Beschäftigung Jugendlicher entzogen werden, wenn ihm bestimmte Qualitäten, die das Gesetz fordert, nicht eignen. Allen Arbeitgebern werden Erziehungspflichten gegenüber den Jugendlichen auferlegt. Eine Grenze müssen diese Erziehungspflichten bei der Beendigung des Aufenthalts im Betriebe finden. Lohnausfall durch Besuch der Berufsschule dürfte nicht stattfinden; das Gesetz ist hier unzulänglich und bedarf der Verbesserung. Den Jugendlichen müsse aber auch die Freiheit gelassen werden, sich nach beendeter Arbeitszeit an Vereinigungen Jugendlicher und Veranlassungen ähnlicher Art nach freier Wahl zu beteiligen. Zu fordern wäre, daß das Gesetz den Jugendlichen einen Anspruch auf Urlaub gibt. Eine gesetzliche Pflicht zur beruflichen Ausbildung ungelerner Jugendlicher bringt das Gesetz nicht. Es gibt aber den Körperchaften, die mit der Durchführung des Gesetzes betraut sind, das Recht, Mindestforderungen für eine berufliche Unterweisung „Angelesener“ aufzustellen. Bei der Regelung des Lehrlingswesens steht im Vordergrund die Bestimmung über den Begriff des Lehrbetriebes. Das Gesetz stellt Bedingungen auf, die von den Betrieben erfüllt werden müssen, um als Lehrbetrieb zu gelten. Sind die Voraussetzungen nicht erfüllt, so kann einzelnen Betrieben und ganzen Erwerbszweigen das Recht zur Lehrlingsausbildung aberkannt werden. Das Recht des Lehrmeisters zur väterlichen Zucht (Eis- Prügelftrafe) wird aufgehoben. Gesetzliche Berufsvertretungen im Sinne des Gesetzes sind die Handwerks- und Handelskammern; ihnen werden für die Aufgaben aus dem Gesetz paritätische Körperchaften angegliedert. Sie sehen zum Beispiel auch die Dauer der Lehrzeit fest. Die Bestimmungen über den Lehrvertrag enthalten nennenswerte Verbesserungen des bisherigen gesetzlichen Zustandes sowie des ersten Entwurfes. Das Gesetz bringt auch eine Neuregelung des Gesellen- und Meisterprüfungswesens.

Die für die Durchführung des Gesetzes vorgesehene Regelung befriedigt nicht. Unsere Vorschläge, diese Aufgabe den Arbeitsämtern im Rahmen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu übertragen, liegen sich nicht durchbringen. Die ausführenden Organe sind die Handels- und Handwerkskammern, die ihre Aufgaben aus dem Gesetz auf der Grundlage und im Rahmen der Beschlüsse zu bildender paritätischer Ausschüsse erfüllen sollen. Die Befugnisse der Ausschüsse sind jedoch unzureichend, denn ihnen unterliegt nicht die Geschäftsführung, die Kostenbedeckung und die Stellung von Strafentwürfen auf Grund des Berufsausbildungsgesetzes, also die Vorbereitung und die Ausführung ihrer eigenen Beschlüsse. Diese Angelegenheiten bleiben der Kammer, also den Arbeitgebern, allein vorbehalten. Die Gewerkschaften fordern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen mittels einer Erweiterung der Befugnisse dieser Ausschüsse. Ferner müsse betont werden, daß es unfruchtbar ist, der großen Zahl von Handwerks- und Handelskammern die Regelung des Lehrlingswesens, namentlich des Arbeitsvertrages des Lehrlings, zu überlassen. Es muß eine zentrale Stelle geschaffen werden, die einheitliche Regelungen für einen weiten Bereich zu treffen befugt ist. Kritisch zu bewerten sind vor allem die Bestimmungen, die sich auf eine mögliche Kollision zwischen Regelungen des Lehrvertrages durch Anordnungen der Gewerkschaften und durch Tarifverträge beziehen. Sie müssen eindeutiger formuliert werden, damit sie keine Einschränkungen des Gesetzes, den Lehrvertrag durch Tarifvertrag zu regeln, zur Folge haben. Der Gesetzentwurf enthält somit neben beachtlichen Fortschritten über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus manchen Mangel, den wir bekämpfen müssen. Er stellt auf jeden Fall eine Grundlage dar zur gesetzlichen Neuordnung der für die Gewerkschaften so wichtigen Gebiete. Er eröffnet den Gewerkschaften manche Möglichkeiten, Einfluß auf die Regelung des Lehrlingswesens und der Berufsausbildung zu nehmen, er stellt ihnen aber auch bedeutungsvolle Aufgaben.

Fahlund (Schornsteinfeger) äbt Kritik an einzelnen Bestimmungen des Entwurfes, aus denen sich Benachteiligungen der Arbeitnehmer ergeben können. Er fordert eine eindeutiger Fassung, die missgünstige Auslegungen ausschließt.

Schließend (Deutscher Metallarbeiter-Verband) hält den Fortschritt des neuen Entwurfes gegenüber dem früheren für sehr gering. Die Gewerkschaften sind nicht gleichberechtigt. Die Kammern, die Meister haben ihren Standpunkt vielfach durchgesetzt. Wir werden vermutlich sehr oft zu keiner Mitwirkung kommen, wo wir sie nicht im Kampf durchsetzen.

Bernhardt (Bundesvorstand): Die Kämpfe im Reichstag werden sehr hart sein. Der neue Entwurf zeigt Fortschritte für die Gewerkschaften, die bisher wenig für ihre Lehrlinge tun konnten. Für die Bauarbeitergewerkschaften bedeutet der Entwurf einen Rückschritt. Unter keinen Umständen darf die Lehrzeit drei Jahre überschreiten. Die Schulstunden müssen nicht nur als Arbeitsstunden gelten, sondern auch in die Arbeitsstunden verlegt werden. Neben gewerkschaftlichen sprechen auch pädagogische Gründe dafür. Die Ortsausschüsse des DGB müssen darauf hinwirken. In einigen großen Städten bestehen von den Unternehmern eingerichtete Lehrwerkstätten, die eine gute Ausbildung bieten. Diese Lehrwerkstätten sind zu unterstützen.

Die
am 22. Dezember ihre Stimme für den Zuchthausantrag Hugenberg abgeben, sind
Feinde
der Republik. Das haben sie auch wiederholt selbst zugegeben. Die Zahl
der
Abstimmenden muß jämmerlich klein bleiben, wenn
alle Freunde und Verteidiger der
Republik
am Abstimmungstage zu Hause bleiben oder auch
spazierengehen, um sich die Republikfeinde anzusehen.

paritätischen Ausschüsse gibt den Gewerkschaften einen weiten Spielraum. Trotzdem müssen natürlich noch manche Reformen angebracht werden.

Kauf (Buchdruckerverband) findet die Bestimmungen des Entwurfes immerhin besser als den gegenwärtigen Zustand. Er meint, das Gesetz müsse durch die Mitarbeit der Gewerkschaften mit lebendigem Geist erfüllt werden. Die Gewerkschaften, die praktisch das meiste erreicht haben, werden vielleicht unter Hinweis auf dieses neue Gesetz Schwierigkeiten bei der Neuregelung von Tarifverträgen begegnen. Im Buchdruckgewerbe wird das kaum der Fall sein, aber vielleicht bei weniger stark organisierten Gewerkschaften. Man wird sich auch die Frage vorlegen müssen, ob man nicht entscheidende Instanzen (wie die Spruchkammern in der Arbeitslosenversicherung) schaffen soll. Die handwerklichen Berufe können auf die Regelung von Lehrlingshöchstzahlen nicht verzichten; darüber eine Einigung in den Ausschüssen herbeizuführen, ist ferner Ansicht nach schwierig. Daher ist eine Klausel notwendig, daß bestehende tarifliche Regelungen allen anderen Regelungen, etwa den Vereinbarungen der paritätischen Ausschüsse, vorgehen.

Lehmann (Gärtner) weist darauf hin, daß die Gärtner, soweit sie in ausgesprochenen landwirtschaftlichen Unternehmungen tätig sind, auch in das Gesetz mit einbezogen werden müßten, da andernfalls eine starke Verschlechterung für sie zu besürchten ist.

Leg (Schuhmacher) hält das Gesetz trotz einiger Bedenken für einen Fortschritt.

Im Schlusswort betonte Maschke, daß die Gewerkschaften selbstverständlich die Einbeziehung der Landwirtschaft in das Gesetz fordern. In den Ausschüssen bei den Kammern der Bezirke wird sich die Tätigkeit namentlich auf Fragen der Berufsausbildung erstrecken müssen, während die materiell-rechtlichen Bestimmungen des Lehrvertrages möglichst zentral festgesetzt werden sollten. Eine Regelung des Berufsschulwesens und die Festlegung der Schulstunden kann nicht im Berufsausbildungsgesetz erfolgen, da sie Landesangelegenheit ist. Die Gewerkschaften haben andere Möglichkeiten, sich dabei Geltung zu verschaffen. Im einzelnen muß der Entwurf sorgfältig und ohne Eile geprüft werden.

Nach einem Überblick über die parlamentarische Lage im Hinblick auf das Gesetz vertagte Grafmann die Beratungen.

In der Sitzung vom 26. November erstattete Grafmann den Bericht des Bundesvorstandes.

Zunächst ging Grafmann rückblickend auf die Verhandlungen ein, die zu der Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung führten.

Es ist dem Bundesvorstand gelungen, zu erreichen, daß Vertreter der Gewerkschaften als Sachverständige zu den Verhandlungen der Kommissionen hinzugezogen werden, die zur Einzelberatung des Young-Planes eingesetzt worden sind. Der Vertreter der Gewerkschaften bei den Reichsbahnverhandlungen war Pfaff vom Einheitsverband der Eisenbahner; er hat, wenn auch unter Überwindung erheblicher Schwierigkeiten, Wertvolles erreicht.

Dann sprach Grafmann über den Stand der Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des Saargebietes und die Jurisdiction von Gewerkschaftsvertretern zu den Sachverständigenkommissionen. Im weiteren ging Grafmann kurz auf die Denkschrift des Arbeits-Bundes über die Reform des Versicherungsrechtes und die Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Aktienrechtsreform ein.

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Redner mit der Finanznot der Städte und den schlechten Aussichten, die sich daraus für die Bautätigkeit in den nächsten Jahren ergeben. Aber die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bautätigkeit planmäßiger zu gestalten und insbesondere die behördlichen Bauvorhaben gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat sich der Bundesvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium ins Benehmen gesetzt.

Der Bundesvorstand hat gegen den Entwurf eines Lichtspielgesetzes protestiert. Der Nachlaß Karl Legens ist auf die Seite der Archivalien in das Reichsarchiv übergeführt worden. Das Verjährrecht des Bundesvorstandes sowie das Recht über etwaige Publikationen aus dem Nachlaß zu entscheiden, wurde vertraglich gesichert.

Eingehend berichtete Grafmann über die Arbeiten der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzten Kommission, welche die Organisationsverhältnisse im Erzbergbau und in der Metallindustrie

achtung finden. Um übertretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen.

5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbands mit gleichem Unterstützungsanspruch übertritt, hat das übertretende Mitglied die zum Bezüge der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Übertretende, die bereits früher dem gleichen Verbands mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Rücktritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbands geleisteten Beiträge auf die lahngsmäßige Wartezeit angerechnet.

6. Rechtsschutz hat derjenige Verband zu zahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtsschutzes eintrat.

7. Invalide, kranke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Übertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unions, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorschrift.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

An Doppeltorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtsschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interesse sie in dem fraglichen Falle vertreten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenburg. Wilhelm Göting. Am 29. November hat der Kollege Wilhelm Göting die Augen für immer geschlossen. Mit Göting ist einer der Ältesten unserer Zahlstelle aus dem Leben geschieden. 30 Jahre hat der Verstorbenen der Zahlstelle als Mitglied angehört. Während dieser Zeit ist er in allen Funktionen, die die Organisation zu vergeben hatte, tätig gewesen. In den Jahren 1905 bis 1907 stand er an der Spitze der Zahlstelle und hat als erster Bevollmächtigter wertvolle Pionierarbeit für die Entwicklung der Zahlstelle geleistet. Als dann die Anstellung eines Geschäftsführers kam, hat er noch lange Zeit als Mitglied der Ortsverwaltung an dem Aufschwung der Zahlstelle regen Anteil genommen. Sonntag für Sonntag zog Wilhelm mit der kleinen Schar aufs Land zur Hausagitation, und manches Mitglied ist von ihm für die Organisation gewonnen worden. Er war zu jeder Zeit und Stunde bereit, helfend einzugreifen. Sein Rat in der Organisation und im Betriebe war für die übrigen immer richtunggebend. In den letzten Jahren wurde der Betrieb, dem er ein ganzes Menschenalter gedient hatte, stillgelegt, und es ist ihm auch nicht wieder gelungen, eine andere Arbeitsstätte zu finden. Richtig abschätzend in seinen Forderungen, aber fest, wenn er einmal etwas ergriffen hatte, hat Wilhelm Göting seine ganze Kraft der Organisation zur Verfügung gestellt. Hab Dank für deine Tätigkeit und für deine gute Kameradschaft! Für die Jugend und für den Nachwuchs ist der Tote ein leuchtendes Beispiel von Pflichterfüllung und Treue. In der Zahlstelle wird dem toten Kämpfer auch über das Grab hinaus ein ehrendes Gedenken bewahrt bleiben.

Dresden. Eine Jubiläumsfeier vereinte am 23. November im großen Litanonssaal über 400 Mitglieder, die mehr als 25 Jahre der Organisation angehören, sowie viele Gäste. Den Jubilaren war von der Organisation ein Festessen gedeckt. Der Vorsitzende des Verbandes, der Kollege August Brey, hielt die Festansprache. Er dankte den allen Kämpfern für die treue Mitarbeit in mehr als einem Vierteljahrhundert und gab dem Wunsch nach noch längerem Mitwirken Ausdruck. Er sah in dem heutigen Fest und seinen wahrhaft künstlerischen Darbietungen den Beweis dafür, daß die Arbeiterorganisationen seit der Zeit ihres Bestehens nicht allein materielle, sondern auch kulturelle Aufgaben gelöst haben, und so ist denn dieses Fest der Freude und Dankbarkeit zugleich eine Werbestunde für Arbeiter- und Kulturproletariat. Brey gab dann einen Überblick auf die Entwicklung der 1897 gegründeten Zahlstelle und der Organisation der Glasarbeiter und der Porzellaner, die seit 1. August 1926 mit dem Fabrikarbeiterverband vereinigt sind, und wies auf die Kämpfe mit dem Unternehmertum hin. Die Dresdner Zahlstelle, die heute 12.000 Mitglieder zählt, war 1913 3000 Mitglieder stark. Darunter befanden sich circa 200 Kolleginnen. Durch den Weltkrieg sind erhebliche Lücken gerissen. Nach Beendigung fiel die Mitgliederzahl im Jahre 1919 auf 7000, im Jahre 1923 auf 13.000. Durch die Krise und kommunistischen Parolen sank die Mitgliederzahl bis Mitte des Jahres 1926 auf 7800 Mitglieder. Infolge der Verschmelzung der Glas- und Porzellanarbeiter und der früheren Zahlstelle Plauencher Grund erhöhte sich die Zahl der Mitglieder wesentlich und liegt von Anfang 1927 erneut bis auf circa 12.000 Mitglieder gegenwärtig, wovon rund 5000 Kolleginnen sind. Unter den Jubilaren befinden sich noch drei Kollegen, die Mitglieder der Zahlstelle sind. Es sind dies die Kollegen: August Belker, Bernhard Prager und Richard Weber. Alle drei sind am 14. Februar 1897 der Organisation beigetreten. Der Kollege Wilhelm Michalik ist in doppelter Beziehung Jubilar. Er ist 1899 in die Organisation eingetreten und seit 1901 ehrenamtlicher Hilfskassierer der Zahlstelle, so daß er nicht nur länger als 25 Jahre gewerkschaftlich organisiert ist, denn auch 25 Jahre lang die Tätigkeit eines Hilfskassierers ausübt. Unter den Jubilaren befinden sich auch einige Mitglieder des früheren Porzellanarbeiter-Verbandes, die während des Sozialkampfes Mitglied wurden. Auch befinden sich unter den Jubilaren eine ganze Menge, die das 20. Lebensjahr überschritten haben. Der älteste Jubilar ist 80 Jahre alt. Auch einige Kolleginnen sind Jubilare, und zwar ist eine Kollegin im Jahre 1903, mit 15 Jahren, in die Organisation eingetreten. Eine andere Kollegin mit 16 Jahren, so daß diese Kolleginnen in verhältnismäßig jungen Jahren schon als Jubilare in Betracht kommen. Mit einem nachwärtigen Dank an die alten Kämpfer, denen nachwärtigen tüchtigen Betreibern der Jugend sein wünschenswert. Den Dank der Jubilare ersetzte der Jubilar Kollege August Brey durch eine Rede über die Entwicklung der Zahlstelle, indem er seine Verlobung zum Ausdruck brachte über die in allen Zeiten wohlgegangene Zeit. Er sprach sich vor allen Dingen, an dieser Stelle und zu einer solchen Zeit ausdrücken zu können, daß die Organisation vom Porzellanarbeiter- sowie als auch vom Glasarbeiterverband gefunden haben, daß ihre Interessen mindestens ebenso gut in der Organisation des Fabrikarbeiterverbandes gewahrt werden, wie früher in der kleineren selbständigen Organisation, und er fordert zum Schluß die Jubilare auf, für den weiteren Aufbau und Ausbau des Verbandes nach Kräften mitzuwirken. Seine Rede schloß er mit dem Wunsch, daß die Jubilare und Gäste bestmöglichst eintrüben. Gegen 12 Uhr

Lübeck. Jubilärsfeier. Am 30. November fand in Lübeck eine Jubilärsfeier statt zu Ehren von 88 Mitgliedern, die 25 Jahre dem Verbands angehören. Der Saal des Gewerkschaftshauses war dicht besetzt, die Kapelle des Reichsbanners und der Chorverein der Lübecker Arbeiterfänger umrahmten die Feier. Kollege Thiemig (Hannover) hielt die Festansprache. Ausgehend von der Verbandsgründung, behandelte er Zweck und Ziel des Fabrikarbeiterverbandes, zeigte die unermüdete Arbeit aller Funktionäre in allen Sparten der Arbeiterbewegung. Wenn auch der Verband nur eine schlichte Ehrenurkunde den Jubilaren überreichte, so ist sich der Verband darin einig, daß dieser Urkunde ein Ehrenplättchen in der Wohnung werden wird. Vor 25 Jahren hatte man nicht sofort die Erfolge der Bewegung vor Augen, viel Not und Drangsalierung mußten in Kauf genommen werden, Weib und Kind mußten oft genug mit darunter leiden, wenn sich der Ernährer dem Verbands angeschlossen hatte. Besondere Worte fand Redner für die Frauen, befanden sich ja auch drei Kolleginnen mit unter den Jubilaren. Mit dem Ergebnis, nicht nur im Fabrikarbeiterverband, sondern immer und überall für die Befreiung der Arbeiter zu kämpfen, mit Dankesworten an alle Jubilare und Funktionäre und mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung, die Jubilare und den Fabrikarbeiterverband schloß Kollege Thiemig seine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache. Ein anschließender Festball vereinigte alles bis um 2 Uhr. Allen, die unser Fest verschönern halfen, sei hiermit gedankt.

Kartellierung, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit.

Die Kartellierung hat zur Folge gehabt, daß die Preise gehalten und zum Teil sogar noch erhöht wurden. Man hat dauernd über die hohen Unkosten geklagt, ist sich aber niemals darüber klar geworden, daß nicht diese hohen Unkosten Ursache der geschäftlichen Mißerfolge waren, sondern daß umgekehrt der infolge der hohen Preise immer wieder zurückgehende Umsatz steigende Unkosten verursachte. Die Rationalisierung ohne Rücksicht auf den Absatz hat zu steigender Arbeitslosigkeit und weiterer Verminderung des Konsums geführt. Die geschäftliche Stagnation hat zur Folge, daß der Apparat zahlreicher Firmen ungenügend ausgenutzt wurde.

Professor Georg Bernhard im „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 48 vom 28. November 1929.

Frauenfragen.

Eine Arbeiterinnen-Konferenz für den Gau 15

fand am 24. November 1929 im Gewerkschaftshaus in Hamburg statt. Von den 31 im Gau vorhandenen Zahlstellen waren zehn vertreten. Anwesend waren 52 Delegierte, 5 Betriebsräte, 7 Angestellte von den Zahlstellen, Kollegin Jammert (Hannover) und Kollege Hilpmann (Hamburg), insgesamt 66 Personen. Alle Mandate wurden für gültig erklärt.

Am 11 Uhr eröffnete Kollege Hilpmann (Hamburg) die erste Frauenkonferenz.

Kollege Hilpmann referierte dann über die Struktur unseres Agitationsgebietes in unserem Gau. Stark vertreten ist die Landwirtschaft, die zur Folge hatte die Errichtung von Mägenfabriken, Molkereien, Margarinefabriken, Konjervenfabriken und den Gemüsehau. Die Lage Schleswig-Holsteins, zwischen Nord- und Ostsee, erklärt das Vorhandensein der Fischindustrie. Die Bodenschätze, wie Lehm, Ton und Kreide, liefern den Rohstoff für die Ziegeleien, Kalksandsteinwerke, Wandplattenfabriken und Keramik. In den Hafenstädten Hamburg, Bremen und Lübeck sind die Werftindustrie sowie Handelsbetriebe stark vertreten. Neben anderen Betriebsarten ist auch die Textilindustrie vertreten. Die gesamte Einwohnerzahl des Gaus beträgt 3.633.877, die Zahl der Gewerbetriebe ist 230.589. Die Zahl der Beschäftigten stellt sich insgesamt auf 1.168.775, davon sind 275.813 weibliche Personen im Produktionsprozess tätig.

Eingehend bespricht dann Kollege Hilpmann die Lohn- und Tarifverhältnisse der Arbeiterin der einzelnen Industriezweige und stellt fest, daß die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich in den Betrieben geregelt sind, in denen das Organisationsverhältnis als ein gutes bezeichnet werden kann. Die Organisation der Arbeiterinnen wird durch verschiedene Umstände, wie Doppelverdienst, dadurch, daß die Ledigen bei ihren Eltern wohnen, durch Gleichzeitigkeit, Mangel an Solidaritätsgefühl und durch das Fehlen einer einheitlichen Zeitung sehr erschwert. Diesen Umständen kann nur durch rege Agitation begegnet werden.

Wünschenswert ist ferner eine bessere Beteiligung unserer weiblichen Mitglieder an der Verbandschule in Wennigsen.

Nach der Mittagspause sprach Kollegin Jammert über die Stellung der Arbeiterin im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Sie begrüßte die Anwesenden im Namen des Vorstandes. In zehn Gauen haben bisher solche Konferenzen stattgefunden. Der Vorstand hat an der Schulung der Kolleginnen großes Interesse.

Rednerin bespricht eingehend die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Während die Frauen in der vorkapitalistischen Zeit im Haushalt alle möglichen Bedarfsartikel selbst verfertigten, änderte sich mit der industriellen Entwicklung, die zuerst in England einsetzte, auch das Beschäftigungsfeld der Frau. Durch die Dampfmaschine wurde die Möglichkeit geschaffen, Frauen und Kinder bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen in den verschiedensten Berufsgruppen zu beschäftigen, sogar in Bergwerken unter Tage. Ungehente Kindersterblichkeit, Verelendung der Arbeiterin und Zerfall der Familien waren die Wirkungen dieser frühkapitalistischen Zustände.

Vor circa 100 Jahren setzte auch in Deutschland die industrielle Entwicklung ein, mit den gleichen Erscheinungen. Von circa 11½ Millionen in Deutschland beschäftigten Frauen sind auf 3 Millionen vermindert. Deshalb fordern wir die Errichtung von Kinderheimen und Bewahranstalten.

Leider ist es bisher noch nicht möglich gewesen, den Grundjah durchzuführen für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Diese Ungerechtigkeit tritt bei der Lohnarbeit, aber noch deutlicher bei der Akkorarbeit in Erscheinung. Die Gewerkschaften sind von jeher bemüht gewesen, Schutzbestimmungen für die Arbeiterin, insbesondere für die Frauen, durch die Gesetzgebung zu schaffen. Wenn die Interessen der Arbeiterinnen mehr als bisher vertreten werden sollen, ist ihre aktive Mitarbeit als Vertrauensperson in den Betrieben, als Betriebsrätin und auch auf den Arbeitsgerichten sowie sonstigen Körperschaften erforderlich. Mit einer Mahnung, in diesem Sinne tätig zu sein, schloß die Kollegin Jammert ihre Ausführungen.

In der Ansprache beteiligten sich Kolleginnen Woche, Schwellerath und Thiemann (Hamburg), ferner die Kolleginnen Osbel (Lübeck), Kubat (Lübeck), Wittig (Bremen), Engels (Lübeck) und Kollege Foh (Hamburg).

Besonders betont wurde die Notwendigkeit der Schulung der Kolleginnen und die stärkere Heranziehung zur Mitarbeit. Die

fördern, damit auch die Arbeiterinnen das geistige Rüstzeug für die Gewerkschaftsarbeit sich aneignen können. In der Lohnfrage wird angeregt, die Spanne zwischen den einzelnen Lohngruppen zu verringern und den Lohnanteil der Arbeiterinnen zu steigern. Von einigen Rednerinnen wird übermäßige Steigerung der Arbeitsleistung durch die Akkorarbeit als lohnbrückend geschildert.

In ihrem Schlußwort geht die Kollegin Jammert auf die in der Ansprache gemachten Anregungen ein. Soweit es praktisch möglich ist, soll versucht werden, diese in die Tat umzusetzen.

Aber den Verlauf der Konferenz kann zusammenfassend gefaßt werden, daß alle Teilnehmer befriedigt waren.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Keine Berichterstattung der Rußlanddelegationen.

Das Theater mit den Rußlanddelegationen fängt aufs neue an. Die KPD will die ganze Menschheit russisch versehen. Wir haben in unseren Versammlungen Besseres zu tun, als uns von Stalins Werkzeugen beschwindeln zu lassen. Folgendes Zirkular hat die KPD verfaßt:

Am 23. November 1929.

An alle Betriebszellen, Gewerkschaftsfaktionen und Ortsgruppenleitungen. Werte Genossen!

In den nächsten Tagen kehrt die mitteldeutsche Rußland-Delegation zurück. Wir haben nicht verstanden, bei der Wahl der Rußland-Delegierten Massen zu mobilisieren und den Fünf-Jahresplan unten in den Arbeitermassen zur Diskussion zu stellen. Das wird u. a. mit bewiesen durch das besonders schlechte Sammelergebnis für die Delegierten. Wir verhehlen keinen Augenblick, daß, materiell gesehen, die Voraussetzungen für eine Sammlung sehr ungünstig waren, aber dennoch waren die Ergebnisse sehr mager und bewiesen auch, daß wir keine Massenpropaganda durchgeführt haben. Um die Delegierten nun endgültig zu finanzieren, müssen wir die Berichterstattungsverfassungen gut vorbereiten und organisieren, um in diesen Versammlungen noch eine gute Sammlung durchzuführen.

Wir schlagen den Zellen, Ortsgruppenleitungen und Gewerkschaftsfaktionen vor, in allen Betrieben, überparteilichen Massenorganisationen und öffentlichen Einwohnerversammlungen eine Berichterstattung über den sozialistischen Aufbau in der Sowjet-Union durchzuführen. — Das soll und muß geschehen in Verbindung mit der Berichterstattung über den Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wir eruchen Euch, die Versammlungen mindestens 5 Tage vor Stattfinden bei der Bezirksleitung anzumelden, damit wir auch einen Genossen, der an der Rußland-Delegation teilgenommen hat, als Referenten vermitteln können. Wir erwarten, daß Ihr dieses Rundschreiben nicht achlos beiseitelegt, sondern die hier gegebenen Anweisungen genau befolgt und in die Tat umsetzt.

In jeder Organisation, in jedem Betriebe, in jedem Ort — Berichterstattungs-Versammlungen — Melde rechtzeitig, damit Ihr gute Referenten bekommt.

Mit kommunistischem Gruß!
B.-L. Halle-Merseburg, Abt. Leuna.

Rußland, Rußland, Rußland, bis zum Erbrechen. Schluß damit!

Kommunistische Reaktionäre.

In einer Notiz, die bezeichnenderweise die Überschrift „Der Klassenfeind unter der Arbeiterin“ trägt, berichtet das Zentralblatt der russischen Gewerkschaften, der „Trud“, am 24. Oktober d. J., daß in einem Betrieb in Perm Arbeiter Lohnhöhung verlangten, wo „die Lohnsätze schon ohnedies hoch genug waren“. Man kontrollierte die „soziale Herkunft der Belegschaft“ und stellte fest, daß sich einige „Enklaken“ darunter befanden. Das veranlaßte die kommunistischen Arbeiter, vom Bezirksausschuß der KPD den Ausschluß der „habgierigen und selbstsüchtigen Arbeiter“ aus der Partei zu fordern. Gleichzeitig wurde die Gewerkschaft um die sofortige Entlassung der „fremdartigen Elemente“ aus dem Betrieb ersucht.

Rührend, wie im „sozialistischen Vaterland“ kommunistische Gewerkschaften Lohnforderungen mit der nur bei Kapitalisten üblichen Begründung, „daß die geltenden Löhne an sich schon hoch genug“ seien, zurückweisen und ihre Arbeitskollegen deswegen hinausjuchsen.

Nicht die Arbeiter sind die Schuldigen, die Beschließenden, sondern lediglich die amtliche kommunistische Partei.

Rundschau.

Die Lebensmittelversorgung der russischen Arbeiter.

Das russische Kommunistat für Handel hat kürzlich einen neuen Erlaß über die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Leningrad herausgegeben. Dieser Erlaß teilt die arbeitende Bevölkerung in vier Gruppen. Die erste umfaßt die Handarbeiter, die einer Genossenschaft angeschlossen sind, die zweite, die einer Genossenschaft nicht angeschlossen sind, die dritte die übrigen einer Genossenschaft angehörenden Arbeitnehmer und die vierte alle einer Genossenschaft nicht angehörenden Arbeitnehmer. Die folgende Übersicht enthält diejenigen Lebensmittelmengen, auf die die Angehörigen der einzelnen Gruppen Anspruch haben:

Waren	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Zusätzliche
Brot (Tagesration) . . . in g	800	800	400	400	—
Fleisch (Tagesration) . . . in g	200	200	100	100	—
Butter (Monatsration) in g	600	500	500	300	400
Öl (Eier im Monat) . . .	¼	¼	¼	¼	—
Größe (Monatsration) . . . in g	3000	2000	1500	750	750
Makkaroni (Monatsr.) in g	600	300	300	150	—
Seringe (Monatsration) in g	800	800	500	250	—
Zucker (Monatsration) . . . in g	1500	1500	1500	1000	500
Tea (Monatsration) . . . in g	60	50	50	25	—
Eier (Zahl im Monat) . . .	10	10	10	—	20

Chemische Industrie

Verfälschter Konkurrenzkampf in der deutschen Gummiindustrie.

Es ist bekannt, daß die deutsche Gummiindustrie einen schweren Kampf um den Absatz für ihre Erzeugnisse führt. Trotzdem wird in der nächsten Zeit die Absatzfrage durch die deutsche Gummiindustrie noch verschärft werden durch beabsichtigte Neugründungen. Vier neue Produktionsstätten sollen in nächster Zeit errichtet werden oder sind bereits fertiggestellt. Die bekannte belgische Gummiwerkstoff-Fabrik Englebert will in der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadt Aachen eine Reifenfabrik erbauen. Die bekannte französische Firma Michelin will im Rheinland eine Reifenfabrik errichten, in der nach Fertigstellung etwa 3000 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Die amerikanische Firma Seiberling Rubber Comp. ist mit den Gummiwerken in Fulda eine enge Arbeitsgemeinschaft eingegangen. Außerdem ist bekannt, daß die J.-G. Farbenindustrie AG. vor einigen Wochen die Rheinische Gummi- und Zellulose-Fabrik AG. in Mannheim in ihren Truß aufgenommen hat. Für die deutsche Gummiindustrie, für die allmählich der Markt zu eng wird, ist natürlich jeder neu auftretende Erzeuger ein unerwünschter Konkurrent. Es dürfte deshalb von Interesse sein, zu hören, wie die Gummiindustrie selbst die wirtschaftliche Lage nach Eintritt der neuen Konkurrenten beurteilt.

Nach deren Darlegungen bestehen trübe Aussichten für die zukünftige Entwicklung der Gummiindustrie. Die beiden Reifenfabriken Englebert und Michelin sind zur Zeit Teilnehmer des Reifenvertrages von 1929 (die Firma Englebert erst seit September d. J.). Die Firma Englebert hat aber in der kurzen Zeit mit Erfolg versucht, ihrer Reifenproduktion in Deutschland einen immer größeren Absatz zu sichern. Bei der Firma Michelin handelt es sich um eine sehr alte Firma, die bereits seit den Anfängen des Automobilbaues sich in der Motorwelt eines sehr guten Rufes erfreut. Der Einfluß dieser Firma in Deutschland war in der Vorkriegszeit sehr erheblich. Die Firma ist in der Gegenwart mit allen Mitteln befreit, den während des Krieges in Deutschland verlorenen Markt zurückzugewinnen. Diese Bestrebungen sind sehr beachtlich, denn die Ausdehnungspolitik der Firma in Frankreich, England, Italien und Amerika, wo sie über eigene Fabriken verfügt, beweist, daß sie mit großer Energie ihre gesteckten Ziele vertritt. Es besteht kein Zweifel, daß diese Firmen über die deutschen Markt- und Produktionsverhältnisse sehr gut informiert sind. Wenn sie trotz dem Umstand, daß die deutsche Reifenindustrie in den letzten Jahren mehr Reifen produzierte, als der Markt aufnehmen konnte, und trotz der daraus folgenden Zusammenschließung der vier größten Reifenwerke zum Gummitruss in die deutsche Konkurrenz eintritt, kann dies wahrscheinlich nur geschehen, wenn sie die Absicht hat, die deutschen Preise wesentlich zu unterbieten.

Selbst wenn man von der Ansicht ausgeht, daß es bei der Errichtung deutscher Betriebe um die Erspartung der Zölle geht, kann das nicht der einzige Grund sein, auf dem sich die künftige Produktion aufbaut.

Die Pläne der Michelin-Gesellschaft sind bei diesen Neugründungen sehr weitgehend. Dabei hat die Firma die Wahl in bezug auf den Gründungsort. Eine Reihe von Städten reißen sich buchstäblich um den Sitz der Firma infolge der allgemeinen Finanznot und haben deshalb außerordentlich günstige Angebote gemacht.

Das Produktionsprogramm der Firma Michelin sieht eine jährliche Erzeugung von etwa 1 Million Kraftwagenreifen vor. Was das für die deutsche Gummiindustrie bedeutet, kann man ermessen, wenn man weiß, daß am 1. Juli d. J. der Kraftfahrzeugbestand in Deutschland 432 500 Personenzüge, 141 600 Lastwagen und 606 400 Motorräder betrug, für die ein durchschnittlicher Jahresbedarf an Luftreifen ausschließlich Riefenollgummireifen von etwa 3 1/2 Millionen Stück errechnet wird. Die Reifenherstellung der Firmen Englebert und Michelin zusammengerechnet ergibt, daß diese beiden Neugründungen allein ungefähr 1/3 des gesamten gegenwärtigen Reifenabsatzes erzeugen werden. Dazu kommt, daß diese beiden Firmen auch Fahrradbereifungen herstellen werden, und das zu einer Zeit, in der die deutschen Firmen ihre Fahrradreifenherstellung nicht voll ausnützen können.

Das Ziel des Gummitrusses: Konzentration, Einschränkung der Produktion, rationelle Erzeugung und geregelter Absatz der Erzeugnisse, wird durch diese Neugründungen zum großen Teil illusorisch gemacht. Es sei denn, daß sich diese neuen Konkurrenten auf dem Gebiete der Produktion und Preispolitik mit den deutschen Firmen einigen, wofür man in der Gegenwart jedoch keinerlei Anhaltspunkte hat.

Die große Hoffnung der Gummiindustriellen auf die Treue der deutschen Händler zu deutschen Fabrikaten können wir nicht teilen. Die deutschen Händler kaufen auch dort, wo der größere Verdienst herauspringt.

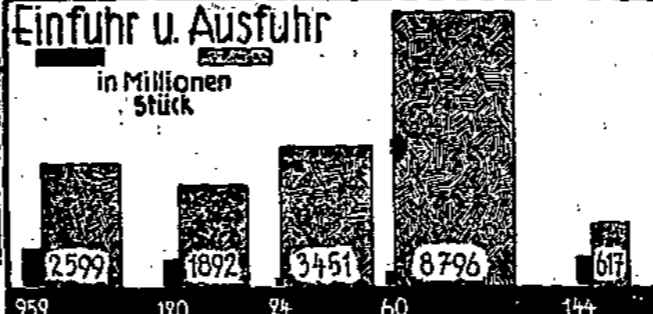
Inwieweit die Beteiligung der amerikanischen Firma Seiberling Rubber Comp. an den Gummiwerken in Fulda Einfluß auf die deutsche Gummiindustrie haben wird, weiß man nicht. Während vor einiger Zeit in Wirtschaftsblättern zu lesen war, daß die Fuldaer Firma ihr Aktienkapital von 1,8 auf 4 Millionen Mark erhöhen werde, ist diese Nachricht kürzlich demontiert worden. Das beweist für uns zunächst noch gar nichts, denn auf Grund allzu reicher Beispiele wissen wir, daß man solche Dementis mit großer Vorsicht genießen muß.

bleibt noch das Auftreten der J.-G. Farbenindustrie, die durch die Erwerbung der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim scheinbar zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen hat. Es ist bekannt, daß die J.-G. Farbenindustrie mit Erfolg auf dem Gebiete der Herstellung künstlichen Kautschuks arbeitet und daß dieses Arbeitsverfahren schon seit mehreren Jahren emsig betrieben und verbessert worden ist. Es besteht von Seiten der Gummiindustrie die starke Vermutung, daß in diesem neu erworbenen Unternehmen die J.-G.

Farbenindustrie unter Umgehung der Zwischenarbeiter ihre Kunstprodukte selbst zu Fertigfabrikaten verarbeiten will. Neben dieser evtl. Verarbeitung von Kunstkauschuk hätte die J.-G. Farbenindustrie außerdem in diesem Unternehmen eine Verarbeitungsstätte für das von dem der J.-G. angeschlossene Rheinisch-Westfälische Sprengstoffwerk erzeugte Zelluloid. Die J.-G. Farbenindustrie hat in den letzten Tagen in der Fachpresse erklärt, daß es ihr nicht darum zu tun sei, der deutschen Gummiindustrie Konkurrenz zu machen. Das kann vorläufig auch wohl zutreffen, solange die Verwendbarkeit des künstlichen Kautschuks nicht restlos erprobt ist und evtl. auch die Preisgestaltung für dieses Produkt noch Schwierigkeiten macht. Die J.-G. wird als ein Konkurrent der deutschen Gummiindustrie auftreten müssen, wenn erst einmal der künstliche Kautschuk seine Kinderkrankheiten hinter sich hat. Sonst hätten ja die jahrelangen Versuche an diesem Naturstoffersatz keinen Sinn.

Die beabsichtigten Neugründungen in der deutschen Gummiindustrie werden sich selbstverständlich als eine Mehrerzeugung an Reifen usw. auswirken, für die zur Zeit in Deutschland der Markt schon ziemlich beschränkt ist. Selbst

Zur deutschen Zündholzfrage



Zündhölzlermonopol und Staatsfinanzierung.

Angesichts der Tatsache, daß die mächtige schwedische Zündholzindustrie, mit dem Reichsfinanzministerium wegen eines Zündholzmonopols in Verbindung mit einem Staatskredit verhandelt haben, tatsächlich haben schon drei Viertel der deutschen Produktion unter schwedischem Einfluß. In der „Deutschen Zündholzverkaufsgesellschaft“ besitzt der Kreuzer-Konzern trotzdem nur die Hälfte der Stimmen.

wenn man annimmt, daß infolge der Motorisierung ihr zukünftiger Bedarf an Reifen sich vergrößert, wird doch die Erzeugung dem Bedarf vorauslaufen. Durch Rationalisierung und Mechanisierung sowie intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch raffinierte Akkord- und Prämien-systeme ist die Leistungsfähigkeit der Gummiindustrie auf einen Stand getrieben worden, der in einer beschränkten Anzahl von Produktionsstätten die Zusammendrängung der Erzeugung für ein Reifenabsatzgebiet erlaubt. Der Kreis der verdienenden Unternehmer in der Gummiindustrie wird so immer mehr eingeschränkt; die wirtschaftliche Macht und damit die Reizenverdienste der deutschen Gummiindustrie konzentrieren sich immer mehr in der Hand einer engen Unternehmer- und Aktionärschicht. Alle neuen Konkurrenz- und Absatzschwierigkeiten versuchen diese Menschen auf die Arbeiterschaft ihrer Betriebe abzuwälzen. Um die Rentabilität der Werke zu erhalten, d. h. um trotz scharfer Konkurrenz einen unverminderten Profit einzubringen, machen sich in den Betrieben Maßnahmen notwendig, Antreibersysteme schlimmster Art, die in Formen wie beispielsweise das Bedarfsystem auftreten.

Die Arbeiterschaft der Gummiindustrie hat unter diesem Antreibersystem schwer zu leiden. Die Aussichten, die sich aus einem verschärften Konkurrenzkampf in der Gummiindustrie für die Zukunft ergeben, sind deshalb nicht besonders rosig. Bei steigender Konkurrenz und bei scharfer Preiskalkulation werden die Unternehmer der Gummiindustrie zweifellos versuchen, diese Belastungen ebenfalls auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Das bedeutet eine neue Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dagegen kann nur helfen der Zusammenschluß und die Geschlossenheit der Arbeiterschaft der Gummiindustrie im Fabrikarbeiterverband. K. Segerer.

Die Lohnbewegung in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie

ist nun beendet. Nach den gescheiterten Lohnverhandlungen am 15. November d. J. haben die Unternehmer zur Schlichtung der Lohnstreitfrage das Reichsarbeitsministerium angerufen. Herr Ministerialrat Dr. Hauschild (Erfurt) wurde zum Schlichter bestellt. Nach zweitägiger Verhandlung wurde am 23. November ein Schiedsspruch gefällt, der in seinen wesentlichen Teilen eine Erhöhung der Durchschnittslöhne im Kernrevier von 6 auf 6,20 Mk. vorsieht. Diese Lohnerhöhung sollte sich prozentual auf die Randreviere und die einzelnen Lohnklassen auswirken. Weiter war in dem Schiedsspruch vorgesehen: Wegfall der Lohnklassen E 10 und E 11, Gewährung von unbezahltem Urlaub für Teilnehmer an Gewerkschaftskursen, neue Relation der Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und die Eingruppierung von Arbeitergruppen, welche bisher nicht in der Lohnliste auf-

geführt waren. Geltungsdauer der Lohnliste war vorgesehen bis zum 30. November 1931.

Eine am 24. November abgehaltene gemeinsame Konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen hat diesen Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Dem Reichsarbeitsministerium wurde deshalb die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung nicht ausgesprochen. Gleichzeitig wurde von Amts wegen zu neuen Schlichtungsverhandlungen geladen.

Am 30. November wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt, welcher vom 2. Dezember 1929 an eine Erhöhung der Löhne von 6 auf 6,25 und vom Dezember 1930 an eine nochmalige Lohnerhöhung von 6,25 auf 6,40 vorsieht. Die Geltungsdauer ist wiederum bis zum 30. November 1931 vorgesehen. In bezug auf die Lohnhöhe ist gegenüber dem ersten Schiedsspruch eine Änderung eingetreten, während die übrigen Bestimmungen wesentlich dieselben geblieben sind.

In einer Konferenz am Sonntag, dem 1. Dezember, wurde auch dieser Schiedsspruch von den Funktionären aus der Braunkohlenindustrie abgelehnt. Die Unternehmer haben ebenfalls die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. Wessenungeachtet ist sie vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse ausgesprochen worden.

Bemerkenswert bei dieser Lohnbewegung ist, daß in beiden Fällen die Schiedssprüche mit den Stimmen der Unternehmer gefällt sind. Ebenso bemerkenswert ist, daß die Unternehmer, die gegen diese angeblichen Zwangsmaßnahmen Sturm laufen und sich nicht scharf genug dagegen aussprechen können, in allen Fällen, wo es ihnen gerade paßt, diese Zwangsschlichtungsinstanzen doch gern für sich in Anspruch nehmen.

Mit der ausgesprochenen Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister dürfte diese Lohnbewegung nun trotz eingeleiteter Kündigungsaktion zum Abschluß gelangt sein.

J.-G.-Betriebe bilden Eigenkapital auf Kosten der Hungernden.

Dr. Duisberg und der Kreis der Führenden unter den Industriellen allgemein und in der Großchemie hält die fortgesetzte Bildung von Neukapital auf Kosten der Arbeiterschaft für so dringend, daß darüber Menschen ganz vergessen werden.

Folgender Notruf geht uns aus unseren Kollegenkreisen der Zahlstelle Frankfurt a. M. zu:

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel überraschte die Ankündigung der Direktion der Cassella-Werke in Felsenheim an ihre Arbeiterschaft, daß mit sofortiger Wirkung Kurzarbeit eingeführt werden soll, und zwar in der Weise, daß der Sonnabend arbeitsfrei bleibt; aber ohne jeden, auch nur den geringsten Lohnausgleich! Die Direktion begründet ihre Maßnahme damit, daß anderenfalls noch eine erhebliche Anzahl Arbeiter aus dem Betrieb entlassen werden müßte.

Die Betriebsbeschränkung — ein paar Wochen vor Weihnachten — kennzeichnet so recht den Geist und das System, mit welchem das Unternehmen der J.-G. Farbenindustrie geleitet wird. Ein System, das den elementarsten Lebensinteressen seiner Belegschaft und der Gesamtbevölkerung zuwiderhandelt, hat jede Existenzberechtigung verloren und muß, auf die Spitze getrieben, eines Tages zusammenbrechen, eben deshalb, weil es an den Grundfesten aller Lebensgemeinschaft in Volk, Staat und Familie rüttelt.

Man bedenke, die reichste, mächtigste und bestfundierte Industrie Deutschlands, und man kann wohl sagen, Europas, die nach ihren eigenen Angaben von Monat zu Monat mit steigenden Geschäftsumfängen rechnen kann, eine Industrie, die die am schlechtesten bezahlten Arbeitsschichten beschäftigt und dabei eine Arbeiterschaft, die zum größten Teil schon 20 bis 25 Jahre im Betrieb tätig ist, den Konzern in jahrelanger, entlagungsvoller Arbeit zu seiner heutigen Größe emporgehohlet hat, deren Körper mit 50 Jahren schon verbraucht sind — eine solche Industrie stößt ein paar Wochen vor Weihnachten ihre Arbeiterveteranen durch einen kalten Lehnbaan in Not und Elend. Anders kann man diese Maßnahme nicht nennen. Der Betriebsarbeiter der chemischen Großindustrie erhält am Jahrtag bei voller Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 38 bis 40 Mk. ausgezahlt; Arbeiter in Werkwohnungen erhalten nach Abzug von Miete und Brand 28 bis 30 Mk., von einigen minimalen Prämien am Monatsende abgesehen, die an die Arbeiter der giftigsten Betriebe gezahlt werden. Auswärts wohnende Arbeiter haben noch ihre Auslagen für Eisenbahnfahrt und Sonstiges zu bestreiten. Nach Durchführung der verkürzten Arbeitszeit erhält der Betriebsarbeiter nach Abzug von Miete und Brand noch sage und schreibe 19 bis 22 Mk. Da in der Weihnachtswoche nur vier Arbeitstage sind, erreicht der Lohn in diesen Wochen nicht die Höhe der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Da muß schon gefragt werden: „Kann die Öffentlichkeit so etwas ohne Widerspruch über sich ergehen lassen? Lezten Endes werden nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Geschäftsleute, der Staat, die Kommunen dadurch geschädigt. Wird auch den Geschäftsleuten nun nicht bald klar, wo ihre eigentlichen Verderber sitzen und wer sie ebenfalls zum wirtschaftlichen Ruin verurteilt?“ — Es geht doch nicht an, daß so tiefgreifende Wirtschaftsmassnahmen einer reichen und mächtigen Industrie, die bei 1400 Arbeitern allein über ein Duzend Direktoren und Prokuristen unterhält, deren Monatsgehälter in die Hunderttausende gehen, nur vom grünen Tisch aus erledigt werden, und auch das nur unter dem Gesichtspunkte größtmöglicher Profits. Hier haben der Staat, die Kommunen, der Kreis, die Öffentlichkeit ein Recht, Aufklärung zu verlangen, zumal durch vernünftige, rationelle Wirtschaftsführung die J.-G. sogar sehr gut ohne Kurzarbeit auskommen kann. Man braucht nur einmal die vielen, vielen Kommissionen abzubauen, die beim Abbruch einer alten Breiterbude erst ein- und zweimal besichtigen müssen. Man könnte die unnötigen Inspektionsreisen innerhalb der J.-G.-Betriebe mit den hohen Speesen abstoppen; wir wollen nicht

so rigoros sein und gleich Entlassungen beantragen, aber es könnte von den Riesengehältern der Direktoren und Prokuristen eine erkleckliche Summe eingespart werden — in Notzeiten muß eben, so sagt man uns gern, jeder mitkriegen, um sie zu überwinden. Aber vor allen Dingen: hätte man die Gelder, die von geschäftlicher und privater Seite in den letzten Wochen an der Neuporker Börse verspekuliert wurden, im Inland produktiv angelegt, dann bräuhete man feiner Arbeiterschaft solche Hungerkuren nicht aufzuzwingen. Aber wie immer, fängt man bei den Ärmsten an. Fühlt man denn gar keine Gewissenstregungen? Bedenkt man denn gar nicht, wie vielen Kindern dadurch ihre Weihnachtstrenude genommen wird, wie viele Arbeiterfrauen zu ihrer jetzigen Kümmeris noch neue Not und Entbehrungen mit durchs Leben schleppen müssen? Oder glaubt man, all das mit einem ein paar billige Unterhaltungsabende arrangierenden Bildungsausschuß und vielleicht einigen arbeitslosen Weihnachtspaketen an besonders Hungerige abgeben zu können? Wie sagte doch ein bekannter Großindustrieller:

„In der heutigen Wirtschaft bleibt für christliche Grundfätze und soziale Befähigung wenig Spielraum.“

Die Herren Industriellen haben es fertiggebracht, daß man in ihrer Wirtschaftsführung überhaupt keinen Spielraum für soziale Befähigung mehr entdecken kann. Würde ein Arbeiter seiner Familie gegenüber so handeln, müßte man ihn als moralisch verantwortungslos bezeichnen.

Wenn man bedenkt: Vier Jahre lang haben wir mit unseren Leibern die Produktionsstätten der deutschen Großindustrie vor der Vernichtung beschützt, haben uns zu Krämpfen schiefen lassen, Millionen kehrten nicht mehr heim — wenn man darüber nachdenkt, dann steigt einem die Verzweiflung ins Blut. Wir wollen nicht wünschen, daß die Glücke und Verwünschungen, die in diesen Tagen aus geprägten Arbeiterhirnen zucken, an den Schuldigen in Erfüllung gehen. Aber wir können auch nicht stillschweigend uns den Brotkorb so hoch hängen lassen, daß selbst erwachsene Männer nicht mehr herantreiben, geschweige noch Frau und Kinder.

Hoch und dick sind ja die Mauern um die Werke angebracht; sie können uns aber nicht hindern, unsere Notrufe über sie hinweg in die Öffentlichkeit zu schleudern. Wir rufen es allen zu, die es angeht, und es geht alle an: „Hier geschieht Unrecht, absolutes Unrecht, hier herrscht Klassenkampf in seiner brutalsten und nacktesten Form. Hier herrscht Diktatur, die selbst den verstocktesten Indifferentismus wackelt!“

Den Schuldigen aber sei gesagt: Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Die ökonomische Entwicklung wird auch uns wieder andere Tage bescheren. Willkürliche Betriebs-einschränkungen können den Prozeß dieser Entwicklung nur beschleunigen, denn ein System, das bewußt über der Profitgier die primitivsten Lebensinteressen derer verletzt, die solcher Wirtschaft, solchem System zeitweilig gedient haben, ein solches System wird und muß eines Tages zusammenbrechen, um so eher zusammenbrechen, je brutaler und rücksichtsloser es auf die Spitze getrieben wird.

Den Beweis dafür hat uns der Weltkrieg mit seinem Zusammenbruch des wilhelminischen Absolutismus gebracht. Wir Chemiewerker haben nun gerufen! Wer hört uns?

Zum Abbau der Angestellten bei der I.-G. Farbenindustrie.

Am 24. November 1929 beschäftigte sich der zuständige Reichsachgruppenschaß des Deutschen Werkmeister-Verbandes (Sitz Düsseldorf) in seiner Tagung in Frankfurt a. M. sehr eingehend mit dem Abbau von Angestellten, insbesondere von Werkmeistern, in den Isgag-Betrieben. Dieser Abbau hat schon seit langer Zeit eingeseht und kann leider heute noch nicht als abgeschlossen angesehen werden.

Es ist festgefällt, daß die Werkmeister in ihrer langjährigen Betriebszugehörigkeit einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung und Bedeutung der Isgag-Betriebe haben. Die Rationalisierung und die damit verbundenen Betriebsumstellungen haben große Anforderungen an die Arbeitskraft der Werkmeister gestellt. Trotzdem werden sie von den Abbaumaßnahmen der Werksleitung in starkem Maße betroffen, obgleich von einem Abbau der leitenden Angestellten noch nichts bekannt ist.

Der Reichsachgruppenschaß erblickt in den werkpolitischen Mitteln keine ausreichende und dauernde Milderung der wirtschaftlichen Notlage der durch den Abbau betroffenen Werkmeister. Er vertritt die Auffassung, daß nach wie vor der Deutsche Werkmeister-Verband gemeinsam mit den Verbänden des Isga-Bundes seinen ganzen Einfluß ausüben muß, um den Ausbau der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung so zu fördern, daß die notwendigen wirtschaftlichen Folgen, die ihre letzten Ursachen in der bestehenden Wirtschaftsordnung haben, auf das Mindestmaß herabgesetzt werden. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle in den Isgag-Betrieben beschäftigten Werkmeister erkennen, daß der Deutsche Werkmeister-Verband die alleinige Berufsorganisation zur Vertretung der Werkmeisterinteressen ist.

Klagelieder der Industrie.

Da mußst verfehn
 Aus Eins mach Jahn
 Aus Zwei mach gehn
 Aus Drei mach gleich
 So bist du reich,
 Verlier die Vier,
 Aus Fünf mach Sechs
 So legst die Sie,
 Mach Sieben und Acht,
 So ist's vorbracht,
 Aus Neun ist Eins,
 Aus Zehn ist nichts,
 Das ist das Hegeleinwahrnis.
 Goethe (Lied)

Er dieses Verslein aus der Hegeleinwahrnis aus Goethes „Faust“ muß man unwillkürlich denken, wenn man den Bericht von der Generalversammlung der Farbwerke Hans Rasquin & Co. hört. Die Firma, von der die bekanntesten farbigen Feinchemikalien ausgehen, einen unbeschreiblichen Reichtum in der Hauptindustrie zu erzielen, sollte auf Anfrage eines Aktionärs mit, daß die Gewinne, die damals zur Aufgabe der Ver-

handlungen mit der Süddeutschen Farbenfabrik Siale u. Co. geführt hatten, sich aus finanziellen Gründen verschlagen hätten. Vor Lische las man es allerdings anders; damals waren es produktionspolitische Verhältnisse, die am Abbruch der Verhandlungen schuld sein sollten.

Man erfährt auch weiterhin, daß, wenn auch augenblicklich keine offiziellen Verhandlungen geführt werden, doch auch weiterhin lose Fühlungnahme mit den maßgebenden Werken vorhanden sei. Dabei ist man heute sich noch nicht klar, wann und auf welche Weise ein Zusammenschluß stattfinden kann. Man hofft auf einen baldigen Sieg der wirtschaftlichen Reaktion in Deutschland, der in einer Steuerreform Befreiung der Unternehmer von den schrecklichen Abgaben an das Reich bringen soll. Die Sehnsucht nach einer solchen Wandlung soll anlässlich der Hauptversammlung der Gesellschaft zum Ausdruck gekommen sein. Schreckliches hat sich begeben. Mehr als 100 Prozent des Reingewinns mußten an den Staat als Steuerabgaben abgeführt werden. Nahe Seelen könnten daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß das Unternehmen für seine Aktionäre keinen Pfennig mehr übrigbehält. Doch so ungeschickte Rechner gibt es bei der Gesellschaft nicht. Denn da die Steuer in den Geschäftskosten schon erfasst ist, die im ganzen 686 790 Mk. betragen, bleibt natürlich der endgültige Reingewinn ungeschoren. Trotz des allgemeinen Gemüts hat die Firma für das am 30. Juni 1929 abgelaufene Geschäftsjahr einen Betriebsüberschuss von 927 050 Mk. gemacht, mithin einen bedeutenden Überschuss gegenüber dem Abschluß im vergangenen Jahr. Dabei hat sie Umsatzerlösen in Höhe von 88 845 Mk. gemacht, so daß ein endgültiger Reingewinn von 176 410 Mk. verbleibt. Die Verbindlich-

Gewinnverteilung der B.J.Z.
 Bank für internationalen Zahlungsausgleich

in %	20	28	9 1/2
Bankkapital	20	28	9 1/2
Reservefonds	20	27	8
Bankkapital	20	34	11
Reservefonds	20	40 1/2	13 1/2
Bankkapital	20	48	16
Reservefonds	20	51 1/2	17 1/2

Gewinnverteilung der B. J. Z.
 Der Statut der neugegründeten Bank für internationalen Zahlungsausgleich steht ein sehr komplizierter Gewinnverteilungsplan vor, der rein schematisch dargestellt ist. Zunächst wird nahezu die Hälfte der Gewinne dazu verwandt werden, die Reservefonds, den gelegentlichen und einen allgemeinen, aufzufüllen. In dem Maße wie der letztere um eine halbe Milliarde anwächst, sollen größere Summen des Reingewinns zur Liquidierung der Kriegsschulden verwendet werden. Die in der letzten Rubrik aufgeführten Prozentätze sollen dazu ausreichen, die 22 letzten Annuitäten, die Deutschland nach dem Youngplan zu bezahlen hat, zu liquidieren, bzw. zu kapitalisieren. Anfänglich 28 Proz. und später 51 1/2 Proz. sollen all den Staaten zugewiesen werden, die an den auf Grund des Youngplanes zahlbaren Annuitäten beteiligt sind. Da diese Staaten zum größeren Teil Aktionäre der Bank sind, kommt ihnen auch die Dividende, die 6 Proz. nicht übersteigen soll, zugute.

keiten belaufen sich auf 0,35 Millionen Mark, die Guthaben auf 0,88 Millionen Mark und die Warenvorräte auf 0,73 Millionen Mark. Sämtliche Positionen sind gegenüber dem Vorjahre gestiegen, und das alles trotz Geldknappheit, unzureichenden Preisen und Steuererlässen. Dabei ist es der Gesellschaft nach ihren eigenen Angaben gelungen, den Umsatz zu halten, ja, im neuen Jahr sogar noch zu erhöhen. Auch für die Zukunft ist vorläufig gesorgt, indem bereits Abschlüsse für 1 1/2 Millionen Kilogramm Farbstoffe vorliegen. Kann man sich da des Eindringens erwehren, daß das Jammern über den Niedergang der deutschen Wirtschaft sich schon allmählich zu einer „Zufuhrschranke“ der Unternehmer herausbildet?

Gewiß, Steuer zahlen ist eine unangenehme Sache. Aber müssen nicht die Arbeitnehmer vom harten Einkommen ihre Steuer entrichten? Wohnung, Ernährung, Luxus und Freizeit bei Wohlleben kann sich kein Arbeitnehmer in dem Ausmaße leisten wie unsere armen Unternehmer.

Hohe Gewinne beim italienischen Chemiewerk.

Der Montecatini-Konzern, der ungefähr in Italien die Rolle spielt wie in Deutschland die I.-G. Farbenindustrie, wird nach vorläufigen Pressemitteilungen für das Jahr 1929 wahrscheinlich über 100 Millionen Lire als Reingewinn zu verzeichnen haben. In den Vorjahren wurden 18 Prozent Dividende auf 500 Millionen Lire Kapital — 90 Millionen Lire an die Aktionäre ausgeschüttet. Aus dem diesjährigen Gewinn werden aller Voraussicht nach wiederum 18 Prozent Dividende verteilt und der Rest zu Rückstellungen verwendet werden.

Von der chemischen Industrie der übrigen Staaten liegen zur Zeit Berichte nicht vor, jedoch wird man nicht fehl gehen in der Annahme, daß durchweg alle Chemiekonzerne auch für das laufende Geschäftsjahr sehr gute Erfolge verzeichnen werden. Für die chemische Industrie besteht zur Zeit durchaus keine Ursache, in den allgemeinen Jammern der Industrie über schlechte Geschäfte einzutreten.

Weltrohstoffmangel und -verbrauch im Jahre 1929.

Die Weltrohstoffmangel und der Weltrohstoffverbrauch bestanden sich im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr in einem starken Widerspruch. Diese Tatsache hat, wie wir bereits früher im „Profetarier“ Nr. 5 berichteten, zu bedeutenden Preisverlusten geführt.

Nach den gegenwärtig vorliegenden Wirtschaftszahlen über Erzeugung und Verbrauch geht hervor, daß in absehbarer Zeit auch keine Besserung dieser Krise eintreten wird. So wird gemeldet, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Erzeugung an Pflanzengummi in allen Ländern nach den Berichten einer amerikanischer Firma die Höhe von 694 291 Tonnen gegen 300 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres erreicht hat. Während die Durchschnittserzeugung in den ersten neun Monaten des vorigen Jahres 44340 Tonnen betrug, machte sie in der gleichen Zeit des laufenden Jahres 77 144 Tonnen aus. Ähnlich war für die letzten drei Monate des laufenden Jahres ein Monatsdurchschnitt von 65 000 Tonnen erzielt, so daß für 1929 eine Erzeugung von Pflanzengummi von rund 800 000 Tonnen

ergehen. Die Erzeugung für 1928 betrug dagegen 620 000 Tonnen, so daß ohne weiteres die gewaltige Steigerung der Rohgummierzeugung ersichtlich ist.

Stellt man die Rohgummierzeugung den Rohgummiverbrauch gegenüber, so ergibt sich nach den Angaben einer englischen Firma für die ersten neun Monate des laufenden Jahres eine Steigerung von 497 000 Tonnen gegen 387 800 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Davon verteilt sich der Rohgummiverbrauch folgendermaßen:

	1929	1928	Zunahme
	Tonnen	Tonnen	in Proz.
Vereinigte Staaten	310 930	248 980	25
Übrige Länder	186 124	127 841	46
Monatsdurchschnitt:	71 008	53 832	

Diese Entwicklung verschlechtert sich für die zweite Hälfte des laufenden Jahres ganz bedeutend, da der amerikanische Rohgummiverbrauch stark zurückgegangen ist. Der Verbrauch von Gummi hat der Erzeugung nicht standgehalten. Angestrebte Einigungs-verhandlungen sind nicht zustande gekommen, so daß nach wie vor ein außerordentlich starker Preiskampf auf dem Gummimarkt vorhanden ist.

Schwerer Unfall im Phosphorbetrieb Pieskerik.

Am Sonnabend, dem 30. November, war der Arbeiter Franz Schöne aus Bitterfeld im Phosphorbetrieb der Stickstoffwerke Pieskerik mit dem Reinigen von Biffässern beschäftigt. Pflöchtlich explodierte ein Faß, die Stirnwand des Fasses flog dem Schöne gegen das Bein, das unterhalb des Armes abgeschlagen wurde. Das in den Fässern enthaltene Öl ist zur Abdichtung des Gasreinigungsapparates in der Phosphorfabrik verwendet worden. In dem Öl befinden sich wahrscheinlich geringe Mengen von Phosphor, die sich bei Zutritt von Luft selbst entzünden, wobei sich Gas bildet, das im geschlossenen Raum zur Explosion kommen muß. Von der Arbeiterschaft wird bezweifelt, daß die Firma die notwendige Vorsicht bei den Arbeiten im Phosphorbetrieb walten läßt. Vor kurzer Zeit ist ebenfalls ein solcher Biffäß explodiert, wobei jedoch glücklicherweise Schaden nicht angerichtet wurde. Aus diesem Vorgang hätte die Schlussfolgerung gezogen werden müssen, beim Sanieren und Reinigen der Biffässer besondere Vorsicht walten zu lassen.

Papier-Industrie

Kostendeckende Betriebe.

„Angeht die Zeitverhältnisse wird nachweislich kostendeckenden Betrieben gestattet, abweichend von den geltenden Tarifbestimmungen zeitweise selbständig mit der gewöhnlichen Betriebsverwaltung verbindliche Lohnänderungen zu treffen. Falls eine direkte Einigung in solchen Fällen nicht zustande kommt, soll der tarifliche Schiedsaussschuß unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen angerufen werden. Über die Person des Unparteiischen haben sich die Parteien zu einigen.“

So lautet ein Absatz in dem Tarifvertrag für den Bezirk Westfalen-Lippe. Mit großer Ausdauer wurde um den Abschluß eines Tarifvertrages in diesem Jahre gekämpft. Erst als das Reichsarbeitsministerium in einer Sitzung am 28. Juli 1929 obige Möglichkeit formulierte, wurde der Tarifvertrag angenommen. Die Lohnhöhung war ziemlich gering und nun dazu noch die Aussicht, bald noch niedrigere Löhne zu erhalten. Wer die Ausführungen der Arbeitgebervertreter während der Verhandlungen gehört hatte, müßte annehmen, daß alle Betriebe kostendeckend sind und solche Anträge stellen werden. Nur in drei Betrieben wurden Anträge gestellt. Als zu einer Versammlung eines Betriebes, in welcher der Belegschaft auch der Antrag unterbreitet werden sollte, ein Gewerkschaftsangehöriger erschien, war die Betriebsleitung sichtlich bestürzt und erklärte, man hätte nicht erwartet, daß der Antrag solche Wellen werfen würde. Der Antrag wurde in der Versammlung abgelehnt. Die Anrufung des Schiedsaussschusses geschah nicht, denn dann hätte man die Karten aufzeigen müssen. In einem anderen Betriebe kündigte man eher eine Stilllegung des Betriebes an, als daß man den Schiedsaussschuß anrief. Anders jedoch die Firma Jakob Dechhäuser in Siegen. Am 26. September tagte der angerufene Schiedsaussschuß. Die Sitzung wurde auf Wunsch des Inhabers, Herrn Klingenspor, mehrmals verschoben, da dieser irgendwo zur Erholung weilt und gemüht hat, selbst an der Verhandlung teilzunehmen. Wer jedoch nicht zur Sitzung erschien, war Herr Klingenspor. Die Firma war vertreten durch einen Buchhalter und den Vertreter einer Trennhandgesellschaft. Beide Herren wollten die Vollzüge der Firma bekunden. deren Unterlagen waren sehr schlecht. Es gelang den Verbandsvertretern, selbst diese zu zerstückeln. Hier war endlich ein Betrieb, der nicht mehr von der Substanz lebte, sondern offen zugab, vom Verdienst zu leben. Von unseren Vertretern wurde erklärt, wenn man schon von dem kommenden Verdienst spreche, solle man erst die Bedingungen schaffen, nämlich, den Arbeitern den verdienten Lohn auszahlen, um sie leistungsfähig zu erhalten; hier lag vieles im Argen. Die Löhne wurden verspätet angezahlt. Man schickte verheiratete Arbeiter mit 3 Mk. pro Woche nach Hause. Um den dort beschäftigten Arbeitern für die Zukunft den Lohn zu sichern, stimmten die Verbandsvertreter einem Vorschlage des Vorsitzenden Klostermann zu, nach welchem die Firma die erhöhten Löhne erst vom 1. Oktober bzw. 15. November 1929 zahlen solle. Wer nun erwartete hatte, die Firma würde sich Mühe geben, in Zukunft etwas an unnützen Ausgaben einzusparen, sah sich getäuscht. Statt dessen blieb man der alten Tradition treu und verschüttete Geld in unnützen Prozessen. Wie feinerzeit bei einem Prozeß anderer Kollegen Bruch, so erklärte man auch jüngst anlässlich eines drohenden Prozeßes wieder, eine Einigung käme nicht in Frage, lieber ließe man sich verklagen, koste es, was es wolle. Hier ist es nur ein kleiner Kreis von Zuschauern, der die Schwächen der Firma hört. Mehr Gewicht legt man den von Zeit zu Zeit in den Tageszeitungen erscheinenden Artikeln bei. In diesen Artikeln wird eine sachgemäße Kritik am Betriebe und an der Betriebsführung geübt. Schon am 28. Juni wurde in der „Siegener Volkszeitung“ gesagt, „Es ist gut Teil der Missetaten auf das Konto des Betriebsleiters falls, dem man Unkenntnis und Egoismus vorwirft. Der Angriff der Unkenntnis wird allerdings von diesem zurückgewiesen und behauptet, daß der Betriebsleiter für schlechtes Papier, welches ein Maschinenführer liefert, verantwortlich ist. Die Firma erlaubt sich Eigenmächtigkeiten, die sich kein Betrieb mit geordneter Führung erlauben würde. Diese Dinge müssen geändert werden. Die Kollegen in der Papierfabrik Dechhäuser sollten endlich erkennen, daß sie sich dem Verbände anschließen müssen. Nur wenn die Arbeiter stehen, werden sich die Verhältnisse im Betriebe ändern.“ Der Firma aber jagen wir mit der „Siegener Volkszeitung“: „Geht dem Arbeiter seinen gerechten Lohn, damit er seine hungernden Angehörigen ernähren kann. Kommt ihr das nicht, so habt ihr das Recht vermisst, einen Betrieb zu führen.“

Preisanschriften des Vereins deutscher Holzstofffabrikanten.

In einem Preisanschriften weist der Verein deutscher Holzstofffabrikanten darauf hin, daß eine große Zahl deutscher Papierfabriken zur Selbstherzeugung ihres Holzschiffbedarfes übergegangen ist und daß dadurch die kleinen Holzstofffabriken gezwungen seien, andere Verwendungsmöglichkeiten für ihren Holzschiff zu suchen, da sie denselben nicht mehr lohnend an die Papierindustrie absetzen können. Der Verein deutscher Holzstofffabrikanten erbittet deshalb aus den Kreisen der Fachleute und Nichtfachleute Anregungen für neue Verwendungsmöglichkeiten des Holzschiffs. Für die beste praktisch durch-

fähbare Anregung hat der Verein deutscher Holzstofffabrikanten gemeinsam mit der Vereinigung sächsischer Holzstofffabrikanten einen Preis von 1000 Mk. ausgesetzt.

Wir haben bereits wiederholt bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, wenn uns dieser die schlechte wirtschaftliche Lage der kleinen Holzstofffabrikanten schilderte, darauf hingewiesen, daß die einzige Rettung dieser technisch zurückgebliebenen Betriebe in einem produktionstechnisch modernen Ausbau ihrer Betriebe bestehe und daß falls die Modernisierung der Werke nicht ermöglicht werden könne, dieser Betrieb dem langsamen Absterben verfallen seien; so bedauerlich dieses auch im Interesse der darin beschäftigten Arbeitnehmer von uns empfunden würde. Dieser Zeitpunkt scheint, wie aus dem Preisanschreiben des Vereins deutscher Holzstofffabrikanten hervorgeht, immer näher zu rücken. Schuld daran tragen nicht die Arbeiter. Die kleinen Holzstofffabrikanten können sich vielmehr bei ihren kapitalstärkeren Brüdern bedanken, die sie mit Hilfe ihrer modernen Betriebs-einrichtungen zugrunde gerichtet haben. G. Stähler.

Wollproduktion und Export von Zellstoff im Jahre 1927.

Nach Mitteilungen des Baseler Bankhauses Weber u. Co. gestalteten sich die Produktion und der Export in Zellstoff in den wichtigsten Produktionsstaaten im Jahre 1927 folgendermaßen:

Table with 4 columns: Produktionsstaaten, Produktion 1925, Produktion 1927, Export 1927. Rows include US-Amerika, Schweden, Kanada, Deutschland, Japan, Norwegen, Finnland, Tschechoslowakei, Österreich.

Wollproduktion und Export von Holzschliff im Jahre 1927.

Nach Mitteilungen des Baseler Bankhauses Weber & Co. gestalteten sich Produktion und Export in Holzschliff in den wichtigsten Produktionsstaaten im Jahre 1927 folgendermaßen:

Table with 4 columns: Produktionsstaaten, Produktion 1925, Produktion 1927, Export 1927. Rows include Kanada, US-Amerika, Deutschland, Finnland, Schweden, Norwegen, Japan, Tschechoslowakei, Österreich.

Nahrungsmittel-Industrie

Ein Musterbetrieb aus der Konservenindustrie.

Die Arbeiterschaft der Konservenindustrie gehörte in der Vorkriegszeit zu den Gruppen, die am schlechtesten entlohnt wurden. Dafür durften sie aber recht lange ohne jeden Zuschlag arbeiten. Eine Ausnahme machte schon längere Zeit vor dem Kriege Braunschweig. Hier waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Die Umwälzung brachte allgemein eine Änderung. Durch Abschluß eines Reichstarifvertrages und von Bezirkslohnverträgen durch unsere Organisation wurde vieles gebessert. Aber auch heute gibt es noch Betriebe, in denen es recht vorstufenförmig aussieht. Ein typisches Beispiel dafür ist die Konservenfabrik J. Heinrich in Dresden-Neustadt.

Wiederholt mußten die staatlichen Aufsichtsbehörden auf die mangelnden sanitären Einrichtungen des Betriebes, Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit und dergl. aufmerksam gemacht werden, um auf diesem Wege die Firma zur Abstellung verschiedener Mißstände zu zwingen. Tarifverträge und gewerkschaftliche Organisation sind für die Firma das Unangenehmste, was es gibt. Mit allen Mitteln wird versucht, die Gewerkschaft vom Betriebe fernzuhalten. Die Notlage der Arbeiterschaft infolge der übergroßen Arbeitslosigkeit wird weidlich ausgenutzt, indem man trotz des allgemeinverbindlichen Rahmenvertrages Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betriebe selbstherrlich diktiert.

So konnte festgestellt werden, daß der Lohn für den übergroßen Teil der Beschäftigten 13-16 Pf. unter dem Tariflohn liegt. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Arbeiterinnen. Ferien, Überstundenzuschläge und dergl. kennt man in diesem Betriebe nicht. Die Einstellung der Arbeitskräfte erfolgt zum großen Teil nicht durch den Arbeitsnachweis, so daß die Neueingestellten aus Unkenntnis oder aus Furcht vor Entlassung sich mit den Arbeitsverhältnissen abfinden.

Ein Beispiel aus neuester Zeit charakterisiert die Verhältnisse in diesem Betriebe am besten. Unter den neu-eingestellten Arbeitskräften kamen auch einige organisierte Arbeiterinnen in den Betrieb. Sie forderten nach einigen Wochen Beschäftigung den tariflichen Lohn, der natürlich nicht gezahlt wurde. Erst nach Eingreifen der Gewerkschaft erklärte die Firma sich zur Zahlung des tariflichen Lohnes und auch zur Nachzahlung der zu niedrig gezahlten Löhne bereit. Zugleich mit der Nachzahlung erhielten die betreffenden Kolleginnen ihre Entlassung.

Ein Einspruch gegen die Entlassung war nicht möglich, weil eine Betriebsvertretung nicht besteht. Eine von unserem Verband einberufene Betriebsversammlung, in der auf die tariflichen Bestimmungen verwiesen wurde, war ausnahmsweise von fast allen Arbeiterinnen des Betriebes besucht. Der größte Teil der Arbeiterinnen trat der Organisation bei. Unser Verband sagte zu, für die Durchführung des Vertrages nun-

mehr zu sorgen. Aber die Firma legte ihre Gegenmeinungen. Der Mut der Arbeiterinnen erlahmte sofort wieder, und bereits am nächsten Tage unterschrieben die meisten einen Revers, wonach sie mit den alten Arbeitsbedingungen einverstanden sind. Die Vollmacht zur Klage auf den rückständigen Tariflohn erhielt unsere Organisation mit dem Bemerkten zurück, daß die Arbeiterinnen keine Gewerkschaft brauchen. Man wolle auch künftig mit der Firma selbst verhandeln. Durch den nötigen Druck hatte die Firma also wiederum es verstanden, sich um die tariflichen Pflichten zu drücken. Dafür gab die Firma den Arbeiterinnen einen Betriebsauschuss, und alles war in bester Ordnung. Dafür dürfen die Arbeiterinnen nun den Rest des Jahres weit unter Tarif arbeiten und sie haben die Aussicht, im nächsten Jahre auch wieder eingestellt zu werden.

Was ist nun die Moral von der Geschichte? Die Arbeiterinnen arbeiten 13-16 Pfennig unter den Löhnen, auf die sie ein klagbares Recht hätten. Sie schenken dem Unternehmer mosenförmig mehrere Mark Lohn, sparen dafür aber den Verbandsbeitrag, der nach ihrem Verdienst 60-70 Pf. betragen würde. Das nennt man ein Geschäft. Der lachende

Nicht immer darf man glauben, der Junge brauche eben seine Eisenbahn und das Mädchen seine Puppe. Ihr legt ja selber den Kindern nach ihrem Geschlecht Schranken, die so ausgesprochen durchaus nicht immer vorhanden sind. Aber ihr tut es, weil ihr das Mädchen durch das Spiel zur guten Mutter, den Jungen zum praktischen Techniker oder — denkt zurück an euer Soldatenspiel — zum tüchtigen Soldaten und Krieger erleben wollt. Ihr wollt das; die Neigungen der Kinder selbst sind aber gar nicht immer so streng nach den Geschlechtern verschieden; darum: rechtzeitig beobachten und danach allein auswählen.

Eins müßte für uns selbstverständlich sein: ... Trommel, Pflöcke und Gewehr, ja, ein ganzes Kriegesheer ... — das müßte von unserer Weihnachtsfeier verbannt sein. Denkt an den „Vater“, wie ihn Leonhard Frank in seinem Antikriegsbuch „Der Mensch ist gut“ sich auf sich selbst bestimmen läßt: ... Das hier ist ein Schießgewehr. Das habe ich ... ich selbst habe das meinem Jungen gekauft. ... Damit hat er schlechtes gelernt. Ich habe ihn das Schießen, habe ihn das Morden gelehrt. Mein Sohn ist gefallen. Er ist tot. Ich bin sein Mörder. ... Vaterstolz, Ruhmsucht, Gedankenlosigkeit und Gewohnheit haben mich zum Mörder werden lassen. ... Denkt daran auch beim Weihnachtseinkauf: „Nie wieder Krieg!“

Zum Schluß noch eins, vielleicht wichtiger als alles andere. Nicht so sehr kommt es darauf an, ... du schenkt, sondern vor allem, wie du es schenkt. Und dafür gibt es nur ein Rezept: Habe Zeit für deine Kinder! Das andere kommt dann ganz von selber! — G. —



Die Häufigkeit der Mehrlingsgeburten geht in dem Maße, wie die Geburtenzahl in Deutschland überhaupt abnimmt, stetig zurück. Die Zusammenstellung zeigt, daß 1927 noch beinahe 29 000 Mehrlingskinder geboren wurden; es sind dies aber nur 2,5 Proz. der Geburten des Jahres 1927 überhaupt. Die Zahl für 1928 liegt noch nicht vor; wird aber nur um 200 Mehrlingskinder höher geschätzt. Verhältnismäßig hoch ist natürlich bei den Mehrlingsgeburten immer die Zahl der Totgeborenen, nämlich nahezu 7 Proz.

Dritte ist der Unternehmer. Er steckt den erhöhten Profit ein.

Herr H. ist ein wütender Bekämpfer der Arbeiterorganisation. Er stellt aber ein Nahrungsmittel für den Massenkonsum her. Wir dürfen wohl an dieser Stelle an Herrn H. die Frage richten, ob er auch darauf verzichtet, seine Ware an die organisierten Arbeiter zu verkaufen. Das nehmen wir nicht an. In diesem Punkte wird er sich auf den Standpunkt stellen: Geld stinkt nicht. Die organisierte Arbeiterschaft aber wird es sich überlegen müssen, ob sie Waren aus einem Betriebe kauft, deren Besitzer die Organisation in seinem Vertriebe auf das schlimmste bekämpft. Der Inhaber der Firma, J. Heinrich, möge sich die Frage überlegen, ob es richtig ist, daß gerade ein Nahrungsmittelbetrieb, der für den Massenkonsum arbeitet, den schlimmsten Scharfmacher gegenüber unserem Verband herauskehren muß. Das möchten wir vorläufig zu der Sache sagen.

Verschiedene Industrien

Weihnachtsspielzeug.

Freude und Friede soll durch die Erde ziehen in diesen Tagen, auch in die Herzen der Proletarier, die mit leeren Taschen und hungrigen Herzen vor den hellerleuchteten Schaufenstern mit ihren blinkenden und gleichenden Auslagen stehen. Wie drücken kleine Stabnäschen sich breit an den kalten Scheiben, wie plappern kleine Mäuler in einem fort: „Das kriege ich!“ — und „Das kriege ich!“

Freude willst auch du deinen Kindern bringen zur Weihnacht, zur Sonnenwende. Wie leicht sind Kinderherzen zu erfreuen! Und doch, Vater und Mutter, habt ihr auch recht überlegt, was ihr schenkt und wie ihr es schenkt?

Nicht müssen es große, teure Stücke sein, um Kinderherzen freuen zu machen. Nicht großartige, technisch-raffinierte Spielzeuge, für die ihr weit nach Weihnachten hin noch Woche um Woche Abzahlung leisten müßt. Das braucht es nicht zu sein.

Suchen wir einige Grundzüge für unsern Spielzeug-Einkauf: Oberstes Geheiß: Spielzeug muß zum „Spielen“ da sein. Es darf nicht so kostbar sein, daß das Kind damit nicht allein spielen dürfte. Es darf nicht so kompliziert und empfindlich sein, daß stets ein Erwachsener jeden Handgriff des Kindes beaufsichtigen muß, damit nichts entzwei geht. Das sind keine Spielzeuge mehr, für Kinderhände geschaffen, das sind Liebhabereien von Erwachsenen, die man auf das Kind überträgt, weil man die Psyche des Kindes verkennt. Der Geschmack des Kindes ist ja aber so anders als derjenige der Großen.

Das Kind will Spielzeug, mit dem es sich selbstständig, selbstschöpferisch betätigen kann. Spielzeug, aus dem seine Phantasie erst was machen kann. Darum einfaches, derbes und haltbares Material!

In der Farbgebung möglichst geschmackvoll: das ist beste Erziehung zum „guten Geschmack“; darum lieber weniger, aber dafür Wert-Ware.

Wirtschaftliches.

Der Anteil des Arbeitslohnes am Umsatz.

Es ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Erfolge sehr wichtig, wie hoch der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz ist. Die Untersuchung des Reichsverbandes der deutschen Industrie über Besteuerung, Ertrag und Arbeitslohn versucht auch über diese Frage Auskunft zu geben. Die Umsatzzahl aller Industriegruppen bei den Kapitalgesellschaften gleich 100 gesetzt, beträgt die Verhältniszahl für sachliche Unkosten 58,20 Prozent, Abschreibungen 3,31 Prozent, Gehälter der leitenden Angestellten 1,73 Prozent, der sonstigen Angestellten 4,10 Prozent, Löhne der Arbeiter 21,55 Prozent, und Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) 2,28 Prozent, freiwillige soziale Ausgaben 0,28 Prozent. Der gesamte Anteil der Arbeit beträgt bei allen 11 Fachgruppen 29,93 Prozent. Die Gehälter der leitenden Angestellten machen den höchsten Prozentsatz bei der Elektrotechnik mit 3,20 Prozent aus. Dann folgt die Industrie der Steine und Erden mit 2,68 Prozent. An letzter Stelle steht das Nahrungsmittelgewerbe mit 0,87 Prozent. Die Löhne der Arbeiter, am Umsatz gemessen, sind am höchsten im Bergbau mit 37,96 Prozent. Es folgt die Industrie der Steine und Erden mit 28,02 Prozent, die der Eisen-, Stahl- und Metallgewinnung mit 26,86 Prozent usw. Den niedrigsten Lohnsatz vom Hundert des Umsatzes hat das Nahrungsmittelgewerbe mit 3,37. Dies erklärt sich aus dem hohen Anteil, den die Rohstoffe in diesem Produktionszweig haben, und dem verhältnismäßig geringen Grad der Verfeinerung. Der durchschnittliche Lohnanteil mit 21,55 Prozent am Umsatz ist jedenfalls nicht so überwältigend, besonders nicht, wenn man in Betracht zieht, daß die Untersuchung vom Reichsverband der deutschen Industrie ausging, der sicher nicht zu niedrige Sätze verrechnet hat.

Produktions- und Verbrauchsgüter in der deutschen Ausfuhr.

Wenn man die Entwicklung der deutschen Fertigwarenausfuhr einer kritischen Betrachtung unterwirft, dann macht sich immer mehr eine Verschiebung bemerkbar. Die Ausfuhr von Produktionsgütern steigt und der Anteil der Verbrauchsgüter sinkt. Die Produktionsgüter machen in der Fertigwarenausfuhr im Monat August 56 v. H. aus. Seit 1925 hat sich ihr Anteil ständig erhöht; damals betrug er 50 Prozent. Im ersten Halbjahr 1927 und 1928 war der Anteil der Produktionsgüter mit 52,8 v. H. gleich. In der gleichen Zeit 1929 betrug er 55,6 v. H. Von 1927 bis 1929 sank der Anteil der Verbrauchsgüter von 47,4 auf 44,4 v. H. Unter Verbrauchsgütern versteht man die großen Warengruppen: Textilwaren, Lederwaren, Glas- und Porzellanwaren und andere Verbrauchsgüter. Daraus ergeben sich wichtige Schlussfolgerungen, nämlich die, daß die deutsche Industrie auf dem Gebiete der Verbrauchsgüter nicht in allen Teilen konkurrenzfähig zu sein scheint, und darum die Verbreiterung des Inlandab Absatzes mit allen Mitteln angestrebt werden müßte. Wenn eine Ware auf dem Weltmarkt nicht den genügenden Absatz findet, dann muß sie im Inland abgesetzt werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn hierfür eine genügende Kaufkraft vorhanden ist und die Waren so preiswert hergestellt werden, daß das Manko des Auslandsab Absatzes ausgeglichen wird.

Günstige Entwicklung der Arbeiterbank.

Es ist ein günstiges Zeichen für die von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen gemeinwirtschaftlichen Betriebe, daß die meisten von ihnen sich in einem ununterbrochenen Wachstum befinden. Das zeigt vor allem die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AG. Wie selbst in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit die Arbeiterbank zu wachsen vermochte, zeigen die Einlagen. Sie liegen von Januar bis Oktober von 117 auf 154 Millionen Mark. Das ist eine Entwicklung, die man bei der Gründung der Bank sicher nicht vorausgesehen hatte. Ein großer Teil der Mittel ist flüssig und sofort greifbar angelegt. Die Arbeiterbank hat Kredite in Höhe von 52 Mill. Mk. gegeben. Der größte Posten, im ganzen rund 52 v. H., entfällt auf öffentlich-rechtliche Institutionen, wie Staaten, Provinzen, Kommunen und Sozialversicherungsinstitute. Die eigenen Betriebe der Arbeiterschaft erhielten Kredite, die 42,48 v. H. ausmachen. Der gemeinnützige Wohnungsbau nimmt an dieser Kreditmasse mit rund zwei Dritteln teil. Das Geld der Arbeiterbank wird also entweder an öffentlich-rechtliche Institutionen oder an gemeinnützige, mit der Arbeiterschaft in Verbindung stehende Betriebe und Gesellschaften ausgegeben.

◆ ◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆ ◆

Die Legende vom unzerbrechlichen Glas.

Bei der Arbeit fiel mir die Uhr zu Boden. Das Glas zerbrach. Die Uhr ist ein altes Erbstück. Schon mein Urgroßvater trug die Uhr. Und Vater trug sie. Darum liebe ich sie.
Ich ging über die Brücke des Stromes, der meine Vaterstadt in zwei Hälften teilt, und bog in eine kleine, winklige Gasse ein. Es dunkelt bereits. Menschenleer ist die Gasse.
Nur aus einem kleinen Fenster strahlte milbes, gelbes Licht einer Petroleumlampe.
Ein kleines Schild am Hauseingang mitten auf der reichgeschweiften Lüre verriet, daß hier Karl Fellner, der Uhrmacher, wohnte.
Ich trat durch die Haustür in einen schmalen, dunklen Gang, tastete nach der Lüre zur Linken, klopfte, und ein dünnes Stämmchen ließ mich eintreten.
„Mein Uhrglas ist kaputt gegangen“, sagte ich und überreichte dem Männlein mein Erbstück.
Der Alte nahm die Uhr, wog sie in seinen feinen Händen, wie wenn er sie liebhaben wollte.



„Ein schönes Erbstück“, meinte er. „Das ist noch Handarbeit. So etwas wird heute nicht mehr gemacht. Ein feines, Nürnbergisch.“ Er öffnete den rücksseitigen Deckel der Uhr, und freudig nickte er mir zu.
„Sie hatten Glück, das Werk ist unbeschädigt.“
Dann holte er ein kleines Holzkästchen hervor und suchte nach einem dünnen, zart gewölbten Glas.
Und um die Stille zu unterbrechen und etwas zu sagen, sprach ich lässig vor mich hin:
„Daß man noch kein unzerbrechliches Glas erfunden hat!“
Da schaute mich der Alte ernst an und sprach:
„Oh, es hat bereits einen gegeben, der das unzerbrechliche Glas erfunden hat!“
Und dann begann er, mir die Geschichte vom unzerbrechlichen Glas, das ein Glasbläser erfunden hatte, zu erzählen.

„Es war um das Jahr 1500“, erzählte er. „Im Erzgebirge wohnte damals ein kleiner Glasbläser, der in fürstlichen Diensten arbeitete. Ein angewandter Jurge, der sich in seiner Küche ein kleines Laboratorium eingerichtet hatte. Hier experimentierte er oft bis in die späte Nacht hinein.
Er wollte ein neues Glas mischen.
Die wunderbarsten Farben mischte er in die Masse.
Von einem zarten, blauen Glas, das er eines Nachts gewann, formte er einen schönen Kelch.
Da pochte es leise an seine Tür.
Die Nachbarin war es, die ihn bat, doch zum Arzt zu laufen, da ihr Mann in Eile liegen.
Herbst war es, wilde Stürme brannten um das Haus, segten durch die offene Tür und bliesen den gläsernen Kelch vom Herd auf den harten Asphaltboden.“



Und der Kelch zerbrach nicht. Erstaus hob er den Kelch vom Boden auf, und siehe da, er hatte keinen Sprung, nur eine kleine Einbuchtung zeigte sich an der Stelle, wo der Kelch auf den Boden eingestiegen war.
Nachdem er die Mischung des bläulichen Glases in der weitgehenden Kalkschale. Er konnte schon eine kleine zarte Figur mit feinem Stäbchen und ging dann einen Arzt holen.
Da er wiederkam, nahm er das mühsam erhaltene Flüsslein, warf es auf einen harten Stein.
Und wie der Kelch, zerbrach auch das gläserne Männlein nicht.
Er hatte sich die Mischung wohl gemerkt.
Und in jener Nacht mischte er das gleiche Glas mit dem gleichen Erfolg. Der Morgen dämmerte bereits, als er mit seinem Verfügen zu Ende war.

„Ich habe das unzerbrechliche Glas erfunden“, jubelte er.

Wenige Tage darauf hatte der Landesherr, der Besitzer der Glashütte, seinen Geburtstag.
Der junge Glasbläser hatte aus dem himmelblauen Glas einen herrlichen Kelch gefertigt. In seinem besten Anzug begab er sich zum Schloß. Da er dem Fürsten mit einem tiefen Knicks den Kelch, sein Wunderwerk, überreichen wollte, ließ der Erfinder mit Absicht den Kelch zu Boden fallen. Zum Erstaunen des Fürsten und seiner Höflinge blieb der Kelch ganz. Nur eine kleine Einbuchtung zeigte wiederum die Stelle, wo der Wunderkelch auf die harten Steinfliesen gefallen war.
„Herr!“ sagte stolz der Glasbläser, „ich habe in diesen Nächten das unzerbrechliche Glas erfunden. Dieser Kelch sei Beweis für meine Kunst.“
Der Fürst selbst warf den Kelch zu Boden.
Der Kelch blieb ganz. Der Hofmarschall dachte daran, daß die Glashütte so reichlichen Gewinn abwarf, daß der ganze Hof von den Überschüssen zu leben hatte, und er meinte, indem er sein listiges Lächeln aufsetzte: „Das ist Teufelswerk, durchlauchtigster Fürst, es wäre um unsere Hütte schlecht bestellt, wenn es unzerbrechliches Glas gäbe. Kein Glas, kein Teller, kein Kelch würde mehr zerbrechen. Und eines Tages müßten wir unsere Glashütte schließen, da sie keine Aufträge mehr bekäme. Wodurch sollten wir dann die Kosten des Hofes bestreiten?“
Der Fürst schaute finster drein. Auch die Höflinge dachten an die Worte des Marschalls. Sie sahen die Existenz bedroht.
„Der Kelch ist Teufelswerk!“ riefen plötzlich allestimm.
Und der Fürst nickte zustimmend.
Er gab der Leibwache einen Wink.
Der kleine Glasbläser wurde verhaftet.
Und wenige Tage darauf wurde im Städtchen hoch oben im Erzgebirge ein Richtblock errichtet, auf dem der Erfinder des unzerbrechlichen Glases sein junges Leben lassen mußte. Das Geheimnis der Mischung nahm er mit in die Ewigkeit.



Sonntag.

Der Tisch der Armen ist nie überladen,
selbst nicht beim Klingen lauter Sonntagsglocken.
Der herrlich duftet unser Pferdebraten,
es schmeckt der letzte Sonntagstagsbraten.
Zichorienbrühe einen Kübel drauf,
das weckt die müden Sonntagsgesichter auf.
Die Tafelmusik kommt schon gar nicht teuer,
der Orgelmann im Hof nimmt einen Zweier. L. P.

Die geraubte Heimat.

Von B. Traven.

Diese kleine Skizze entnehmen wir mit freundlicher Erlaubnis des Verlags dem neuen Roman von B. Traven „Die Weiße Rose“, der jetzt bei der Wäcker-Gilde Gutsenberg erscheint. Einer besonderen Anordnung des Verfassers folgend, ist der Roman dem öffentlichen Verkauf entzogen. Das Buch wird insgesamelt nur an Mitglieder der Wäcker-Gilde Gutsenberg abgegeben. Auskunft über Mitgliedschaft erteilen die Geschäftsstelle, Berlin SW 61, Dreihundstraße 5, sowie die örtlichen Vertrauensleute.

Wo einst die Orangen- und Zitronenbäumchen standen, wo einst sich die Krieger der Papagabäume in der stürzenden Luft wiegten, um ihre reisenden Feinde in der Sonne zu baden, wo einst die grünen Maisfelder waren und wo sich die Skawden im Reifen der goldenen Kolben ihre ewigen Märschen zwisperten, da stöhnten und ratterten jetzt schweigende Kastanien mit stählernen Rasenbändern mitleidlos über die gequälte Erde, die sich hier aufbäumte in Schmerz und die sich dort in Jortn knirschend zwischen die stählernen Bänder drängte, um deren brutale Macht zu zerbrechen.

Ein Gewirr von eisernen Rohren überzog die Felder. Und darüber war ein Netz von Lichtkabeln und Telephondrähten.
Wohin man blickte, war ein Fischen von Dampfvolken, ein Aufbläsen von schweren dicken Nebelbällen.

Der Boden war schlammig und sumpfig von Öl, das entseßlich stank und pestete.

Da war überall Schreien und Kommandieren und Schimpfen und Lärmen. Dampfmaschinen heulten. Drahtseile kreischten schrill über kochende Räder und über quieschende Rollen.

Rohrerschleppende Reichen von Indianern marschieren über die Felder wie Skawden in Ketten, gehetzt von stinkenden Aufsehern. Und die Sonnendurchstufte Luft, die einst so voll war eines janzenden Gesanges, war nun angefüllt mit dem Geräusch und dem Getöse, dem Rauschen und Knattern, dem Stampfen und Poltern der Maschinen und Pumpen.

Von den Nachfahren des Häuptlings Jacinto war keiner mehr hier außer einem. Und dieser eine marschierte kopfernd in der Reihe der roherschleppenden Skawden, die zwei Pefos fünfzig den Tag bekamen; und wenn sie nicht wüßten, oder wenn sie sich den Fuß zerquetscht hatten von einem Röhre, das darauf gefallen war, entlassen wurden.

Dieser einen seiner Nachfahren hatte Jacinto hier im Geiste angeprochen. Er hielt an und sprach zu ihm: „Wie gefällt es dir denn hier, hüh, mein Sohn?“ Hatte der Nachfahre geantwortet: „Gut, padre. Gracias. Ich bekomme zwei Pefos fünfzig. In Pohnca, in den Silberminen, bekomme ich nur einen Pefo fünfzig. Ich habe acht Kinder. Es ist hart, sie durchzubringen. Der Mais kauft jetzt zweihundertzwanzig Centavos das Kilo, und die Hälfte ist hoch vom Wasser. Aber ich darf hier nicht länger stehenbleiben und mit dir sprechen, padrecito mio, mein liebes Väterchen; denn wenn mich der Foreman hier stehen sieht und schwören, dann fesselt er mich. Es ist nicht so leicht, andere Arbeit zu finden. Und ich habe acht Kinder.“ Er bückte sich über die Hand des Jacinto und küßte sie. Dann sprang er wieder rasch in die Reihe der marschierenden roherschleppenden Skawden.

Das Fünfte.

„Ich glaube wirklich, er sieht meinem Karl ähnlich“, sagte Martha Berger und beugte sich über das winzige Bündel in dem grün gestrichelten Kinderwagen, aus dem zwei rundlich-mollige Ärmchen sich ihr entgegenstreckten.

„Mir war's schon recht, wenn er nach deinen Kindern schlägt“, erwiderte die junge Mutter. „Nimm ihn nur raus!“ fährt sie fort, als sie die zappelnden Bewegungen sieht, mit denen der Junge sich bemüht, aus seiner horizontalen Lage herauszukommen.

Der Kleine hüpfte, jauchzte und kräht auf Martha's Arm, die lügend, mit kleinen wiegenden Bewegungen durch die Stube tänzelt.

„Eise blickt lächelnd von ihrer Arbeit auf: „Möchtest wohl auch noch mal so was Kleines haben?“

„Ne, nee! Viere sind reichlich genug! Mehr dürft's nicht werden! Den Storch haben wir bei uns abbestellt!“

„Als ob der danach fragt, ob er als gern gesehener oder als ungebetener Gast kommt!“

„Na, der Franz paßt schon auf!“

Die andere verzehrt schnippisch Gesicht und Schultern, als wollte sie sagen, daß auf die Männer wenig Verlaß sei.

Schon auf der Treppe hört sie das Lärmen und Toben der Kinder. Nur gut, daß die Bewohner des unteren Stockwerks nicht zu Hause sind, denkt sie. Als sie in die Stube tritt, verdoppelt sich das Geschrei. Jubelnd drängen sich die Kinder um die Mutter. Lachend wehrt Martha den Unsturm ab, dann ergreift sie mit fester Hand die Jügel. Rasch sind die beiden Kleineren ins Bett gebracht, während die beiden Großen inzwischen ihr Abendbrot verzehren.

Martha streckt sich wohligh und müde in ihrem Bett. Einen Augenblick lauscht sie auf die ruhigen, regelmäßigen Atemzüge der Kinder in der Kammer. — Ob Franz wohl bald kommen wird? Sie schließt die Augen. In ihrem Ohr klingt noch das Lachen des Kleinen, den sie am Nachmittag auf den Armen getragen. — Mit einem Lächeln auf den Lippen schläft sie ein.

„Ist die Tür denn verhehrt!“ Zum sechstenmal beugt er sich nieder, um das Schlüsselloch zu suchen. „Endlich!“ Ich glaube gar, ich habe einen Schwips! — Hück! — Ist mir lange nicht passiert!“ Krachend schlägt die Haustür ins Schloß. „Ein famosser Kerl, der Richard! — Hück! — Na, ich werde mich auch nicht lumpen lassen! Werde mich an meinem Geburtstag schon revanchieren!“

Schwerfällig sich an das Geländer anklammernd, steigt er langsam die Treppe hinauf. Ihm ist so wohl. Am liebsten würde er laut singen. Rechtzeitig bemerkt er sich aber darauf, daß ja nachtschlafende Zeit ist.

Nach Überwindung von allerlei Schwierigkeiten erreicht er glücklich die Schlafkammer. Nach etlichen Versuchen gelingt es ihm auch, Licht zu machen. Von dem Poltern und dem Lichtschein geweckt, blinzelt Martha schläfrig.

„N' bihden spät geworden!“ sagt Franz gutmütig, halb als Gruß, halb als Entschuldigung. Als Martha den Zustand ihres Mannes erkennt, hilft sie ihm beim Auskleiden. Järrlich drückt er ihr einen Kuß auf den vollen Nacken. Ihre weichen Bewegungen und der Duft ihres warmen, blühenden Körpers erregen sein durch Trank erhitztes Blut.

Ihre Abwehr steigert seine Erregung. Schließlich gibt sie sich trotz ihres leisen Gels, um die Kinder nebenan nicht zu wecken, „Daß auf!“ warnt sie noch. Aber seine Bier läßt ihn alle sonst geübte Vorsicht vergessen.

Seit jener Stunde liegt es wie ein Schleier über dem Glück der Berger'schen Familie. Schon in den Monaten, in denen Martha das Kind trägt. Wie hat sie sich sonst auf das Kommen des Kindes gefreut! Wie hat sie sich in sich hineingelauscht, auf die ersten Regungen und Bewegungen, die sie in ihrem Körper spürte. Mit welchem Stolz hat sie sonst ihre Mutterchaft getragen! — Jetzt ist das alles so anders. Kommt es, weil sie sich auf das Kind nicht freuen kann? Noch nie hat sie die Schmerzen und Beschwerden der Mutterchaft so stark und drückend empfunden.

Franz nimmt die Sache leichter. Höchstens überkommt ihn ein leises Unbehagen, wenn er an die Mehrausgaben denkt, die durch den Familienzuwachs entstehen werden. Oder wenn er die Blicke seiner Frau mit stillem Vorwurf auf sich ruhen fühlt.

Auch die Geburt ist schwerer und schmerzvoller als die früheren, der Blutverlust stärker, und der Damm ist gerissen, was sonst nie vorgekommen ist.

„Der Kopf des Kindes ist so dick!“ sagt die Hebamme halb zur Erklärung, halb zur Entschuldigung. Sonst nichts. Sie zeigt auch das Kind nicht der Mutter, die matt und erschöpft daliegt.

Das Kind ist ihnen ein Rätsel. Es liegt den ganzen Tag still und teilnahmslos da. Man kann sich eigentlich nicht beklagen: es weint und schreit nie! Und wie hatten die anderen sich bemerkbar gemacht, wenn sie hungrig oder schmutzig waren, oder über sonst etwas ihrer Unzufriedenheit laut und vernehmlich Ausdruck gaben! Die unnatürliche Ruhe des Kindes hat etwas Niederdrückendes.

Wie ging Martha sonst das Herz auf bei dem Recken und Strecken, bei dem lustigen Strampeln und Zappeln der kleinen rosigen Glieder! Bei den ersten Anzeichen einer Verfassendstärkung! Und ach! erst bei den ersten Versuchen zu — lächeln. Aber das Kleine strampelt und zappelt nicht. Es weint nicht und es lächelt auch nicht! Es zeigt überhaupt keine Gefühlsäußerungen.
Und Martha ist es, als ob langsam etwas in ihr verdorrt.

Nur mit Ehen kann Franz, dieser kraftvolle, gesunde, lebensstrophende Mensch, auf sein jüngstes Kind blicken. Es liegt wie eine Schuld auf ihm, und er ist sich doch keiner Schuld bewußt.

Schließlich geht er mit dem Kleinen zum Arzt. Dessen Gesicht wird bei der Untersuchung immer ernster.

„Es will nicht laufen und nicht sprechen!“ sagt Franz. „Und es hat auch einen so großen Kopf — wohl einen ...“

„Einen Wasserkopf“, ergänzt der Arzt trocken. „Das Kind ist schwachsinzig und völlig bildungsunfähig!“

„Aber ich verstehe das nicht, Herr Doktor! Meine Frau und ich, wir sind beide ganz gesund. Wir haben vor diesem schon vier gesunde, prächtige Kinder! Ich verstehe nicht, wie wir zu diesem Kinde kommen!“

„Trinken Sie?“ fragte der Arzt.

„Sellen und wenig.“ Aber dann springt ihn die Erkenntnis an — die Erinnerung an jenen Abend. Vordem war er immer vorsichtig gewesen, auch nachher hatte er sich stets in acht genommen. Nur an jenem Abend nicht, als er betrunken war! An jenem Abend mußte das Kind gezeugt worden sein!

„Aber das ist doch gar nicht möglich!“ — stockend erzählt er es dem Arzt — „es ist doch nicht möglich, daß das Kind davon so geworden ist?“

„Es ist nicht nur möglich, der Fall ist leider gar nicht so selten.“

„Und ist denn keine Aussicht auf Besserung?“

„Ich fürchte, nein. Ich kann Ihnen jedenfalls nur wenig Hoffnung machen.“

Müde und schwerfällig geht Franz Berger hinans. Als früge er eine schwere schwere Last. Und er trägt doch nur den leichten Körper seines Kindes und die Erinnerung an eine lustige Nacht.

Kurt Geilbut